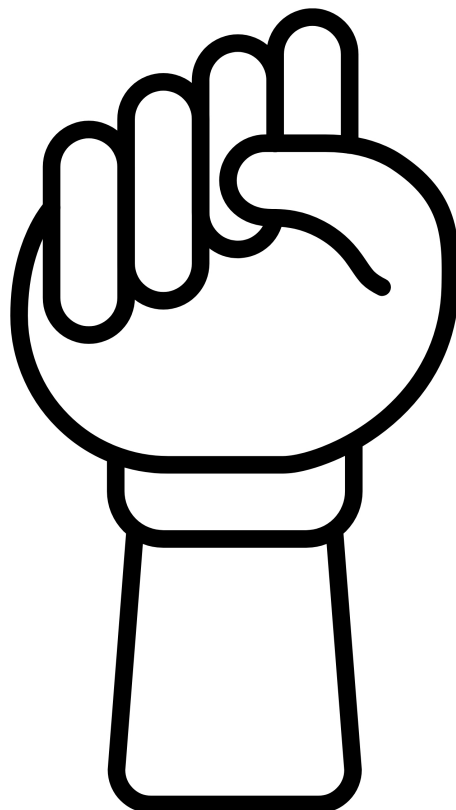


#AUFBRUCH 23.07.
BEKO 2023/2 **HOLZ**
KIRCHEN

BESCHLUSSBUCH



Anträge

Inhaltsverzeichnis

D - Demokratie, Innen- und Sicherheitspolitik

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
D07	Verbot von Wettanbieter- und Casinowerbungen Jusos Ingolstadt <i>angenommen</i>	14

G - Gesundheit

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
G04	Clearingstellen für Menschen ohne Krankenversicherung Jusos Freising <i>angenommen</i>	20
G05	Solidarität für Betroffene von Long Covid und ME/CFS Jusos München-Land <i>angenommen</i>	22

F - Feminismus und Gleichstellung

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
F01	Queerfeminismus endlich in der SPD etablieren! Bezirksvorstand Jusos Oberbayern <i>angenommen</i>	16

P - Partei

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
P03	Richtlinienändernder Antrag 01 Bezirksvorstand Jusos Oberbayern <i>angenommen</i>	33

U - Umwelt und Energie

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
U01	Resolution: Uneinig und trotzdem da! - Solidarität mit den Aktivist*innen der "Letzten Generation" Bezirksvorstand Jusos Oberbayern <i>angenommen</i>	34

W - Wirtschaft

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
W01	Wachstum, Wachstum tralala, Wirtschaft ist nicht zum Wachsen da! Jusos München-Stadt <i>angenommen</i>	49
W04	Die Mindestlohnkommission – ist das eine Kommission oder kann die weg? Bezirksvorstand Jusos Oberbayern <i>angenommen</i>	55

LAT - Leitantrag

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
LAT01	Somme, Sonne, Sozialismus: Für eine sommerliche, solidarische und demokratische Gesellschaft Bezirksvorstand Jusos Oberbayern <i>angenommen</i>	24

V - Verkehr und Mobilität

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
V02	Automobilindustrie transformieren - Mobilitätswende, Eigentumswende, Industriegewende Jusos München-Stadt <i>angenommen</i>	37

M - Migration und Integration

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
M01	Flucht und Asyl, aber sicher! Jusos München-Stadt <i>angenommen</i>	30

B - Bildung

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
B02	Digitalisierung an Bayerns Schulen ernst nehmen: Mebis ausbauen Jusos Dachau <i>angenommen</i>	11

Antrag B02: Digitalisierung an Bayerns Schulen ernst nehmen: Mebis ausbauen

Antragsteller/in:	Jusos Dachau
Status:	angenommen
Sachgebiet:	B - Bildung

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Adressat*innen:** Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern, Landeskonferenz der Jusos
- 2 Bayern, SPD Bezirksparteitag, SPD Landesparteitag
- 3
- 4 Die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, dass wir im Bereich des digitalen Lernens einen
- 5 großen Nachholbedarf haben. So sind mangelnde Digitalkompetenzen der Lehrenden sowie
- 6 Internetprobleme und fehlende Unterstützung der Schule die Hauptprobleme der
- 7 Schüler*innen gewesen. Deswegen wollen wir die digitalen Kompetenzen der Lehrenden
- 8 stärken und Ihnen Möglichkeiten bieten, sich stärker mit dem Thema
- 9 auseinanderzusetzen. Zudem gilt es, vorhandene Digitalstrukturen in der bayerischen
- 10 Bildungslandschaft zu stärken und auszubauen, um gute digitale Bildung in ganz Bayern
- 11 verfügbar zu machen.
- 12
- 13 Das bayerische Kultusministerium setzt hier die hauseigene Plattform Mebis ein. Die
- 14 Plattform gibt es seit 2014 an staatlichen Schulen und wurde meist erst durch Corona
- 15 aktiv benutzt. Problem dabei war, dass durch die plötzliche massive Nutzung in ganz
- 16 Bayern die Plattform aufgrund von Serverproblemen oft nicht erreichbar war und
- 17 Unterrichtsinhalte dementsprechend nicht in vollem Umfang bearbeitet werden konnten.
- 18 Seit dem Schuljahr 2021/22 wurde Mebis in die Bayerncloud Schule integriert. Die
- 19 Bayerncloud soll ein Web- Portal sein, das neben Mebis auch ein Videokonferenztool,
- 20 einen Cloud-Speicher, Web Office-Anwendungen, einen Messengerdienst, Dienst E-Mails
- 21 für Lehrkräfte sowie weitere Medienangebote wie MebisTube und teachshare-Inhalte
- 22 integriert. Sinn dieser Einbettung mehrerer Dienste in die Bayerncloud war die
- 23 Erleichterung der Nutzung für die Anwender*innen.
- 24 Grundsätzlich begrüßen wir die Idee einer Plattform, die verschiedene Dienste unter
- 25 einem Account vereint, Lehrkräften Rechtssicherheit bietet und einen Digitaldschungel
- 26 vermeiden kann. Ebenso positiv erachten wir die Möglichkeit, dass die Bayerncloud
- 27 Schule mit mebis als Tool von allen Schulen und daher auch von allen Schüler*innen
- 28 kostenfrei genutzt werden kann und auch Datenschutzstandards entspricht. An dieser
- 29 Stelle sprechen wir uns daher auch klar gegen von einigen Parteien geforderte
- 30 schulspezifische Lösungen, die von einzelnen US-Unternehmen wie Microsoft getragen
- 31 werden, aus. Nicht nur erfüllen diese die hohen europäischen Datenschutzvorgaben
- 32 nicht, zudem unterwerfen sie Bildung dem Marktgedanken oder der Abhängigkeit eines
- 33 einzelnen Unternehmens und machen die Qualität digitaler Bildung von der Finanzierung

34 der einzelnen Schule seitens des Sachaufwandsträgers abhängig. Auch wenn eine

35

einzigste Plattform nicht für jede*n Schüler*in und jede Schule die beste Lösung ist,

36

sehen wir die kostenlose Bereitstellung

37

einer qualitativ hochwertigen digitalen Lernplattform als zentrale Erfüllung des

38

staatlichen Bildungsauftrags.

39

Durch die Integration von Mebis in die Plattform sind jedoch zahlreiche Probleme

40

nicht gelöst worden, weshalb die Bayerncloud Schule diese Anforderungen derzeit nicht

41

erfüllt.

42

So ist die Plattform auch nicht benutzer*innenfreundlich gestaltet: Sie ist trotz

43

Verbesserungen unübersichtlich und gerade für jüngere Lernende unverständlich, die

44

Einarbeitung in das System und das Einstellen von Unterrichtsmaterial oder die

45

Erstellung digitaler Lernangebote für Lehrkräfte häufig zeitraubend und komplex.

46

47 Wir fordern deshalb:

48

49

- Die Verbesserung der Benutzer*innenfreundlichkeit der vom bayerischen

50

- Online-Plattform Bayerncloud Schule sowie der

51

- dort integrierten Lernplattform Mebis für Lehrkräfte und Schüler*innen

52

- Weiterer Ausbau der Barrierefreiheit der gesamten Bayerncloud Schule mit allen

53

- Angeboten

54

- Verbesserung und Stabilisierung der Videokonferenzplattform Visavid

55

56

57

- Mehr verpflichtende Schulungsangebote für Lehrende über Mebis und digitale Lehre

58

- allgemein, z.B. als Angebote der Regionalen Lehrerfortbildung vor Ort in der

59

- Schule oder über das Multiplikatorennetzwerk in Form eines digitalen

60

- Fortbildungsnachmittags

61

- 62 • Serverkapazität stärken, damit auch alle bayerischen Schulen Mebis problemlos
63 benutzen können
- 64 • Personelle Vergrößerung und Ausbau der IT-Kompetenz des Kultusministeriums und
65 des Landesamt für Digitalisierung
- 66 • Ausbau von Vollzeitstellen für professionelle Systemadministrator*innen an jeder
67 Schule, um Lehrkräfte in ihrer Unterrichtsverpflichtung nicht noch zusätzlich zu
68 belasten
- 69 • Mebis als App für alle gängigen mobilen Plattformen bereitstellen

70

- 71 • Mehr Technologieoffenheit beim Einsatz von Software im Unterricht
- 72 Der bayrische Staat soll eine zentrale staatliche Implementierungsstelle errichtet
73 um einheitliche Strukturen zu schaffen

74

75 Quelle:

76 <https://cdn.statcdn.com/Infographic/images/normal/22661.jpeg>

77 <https://de.wikipedia.org/wiki/Mebis>

Antrag D07: Verbot von Wettanbieter- und Casinowerbungen

Antragsteller/in:	Jusos Ingolstadt
Status:	angenommen
Sachgebiet:	D - Demokratie, Innen- und Sicherheitspolitik

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Adressat*innen:** Bezirkskonferenz der Jusos OBB, die Landeskonferenz Bayern und der
- 2 Bundeskongress
- 3
- 4 Sei es die Tipico-Filiale in der eigenen Stadt, der Spielautomat im Imbiss, oder aber
- 5 das Casino am Stadtrand, so haben alle etwas gemeinsam: Es sind Rückzugs- und
- 6 Gefahrenorte für Menschen, die an einer Spielsucht erkrankt sind, und junge Menschen,
- 7 die dadurch Zugang zu Glücksspielen finden. Laut einer Studie der Bundeszentrale für
- 8 gesundheitliche Aufklärung gab es 2021 ca. 430.000 Menschen mit problematischen
- 9 Glücksspielverhalten, überwiegend junge männliche Erwachsene unter 25. Die Spielsucht
- 10 betrifft jeden, unabhängig von Geschlecht, Familienstatus, oder Einkommen, sie
- 11 zerstört ganze Existenzen und reißt diese in den Abgrund.
- 12 Dem gilt es entgegenzuwirken, weshalb wir ein generelles Verbot von Casino- und
- 13 Wettanbieterwerbungen online wie offline fordern. Dieses Verbot soll deutschlandweit,
- 14 verbindlich, zu jeder Uhrzeit und unabhängig von der Art des Mediums (Fernsehen,
- 15 Social Media, Videospiele) gelten, gleichermaßen für legale, in Deutschland
- 16 lizenzierte und illegale Anbieter.
- 17 Besonders bei illegalen Anbietern von Online-Casinos muss die Kontrolle des Verbots
- 18 stärker forciert werden, da diese ohne gültige Lizenz in Deutschland nach aktueller
- 19 Regelung keinerlei Werbung schalten dürfen, jedoch in Deutschland 90 % der Werbung
- 20 von diesen illegalen Online-Casinos stammen.
- 21 Darüber hinaus fordern wir strengere Auflagen für Spielhallen oder Wettanbieter, die
- 22 strikte Alterskontrollen und Sperrgebiete beinhalten. Konkret sollen solche Lokale in
- 23 Innenstädten, in unmittelbarer Nähe von Schulen und Kindergärten (min. 1 km
- 24 Luftlinie) sowie Universitäten/Hochschulen (min. 1 km Luftlinie) nicht betrieben
- 25 werden dürfen. Des Weiteren sollen große Billboards oder Schilder, insbesondere mit
- 26 Beleuchtung, vor den Lokalen nicht gestattet werden.
- 27 Außerdem fordern wir die Umsetzung folgender Punkte:
- 28 • Der Zugang zu Online-Angeboten darf ausschließlich durch Vorlage der BUND-ID
- 29 gewährleistet werden, um die Identität der Spieler zu verifizieren und den
- 30 Zugang für Minderjährige zu verhindern.
- 31 • Casinos sind verpflichtet, ihren Kunden einen Selbstausschluss anzubieten,
- 32 sollten sie problematisches Spielverhalten zeigen. Bei Online-Angeboten soll zur
- 33 Erkennung von problematischem Glücksspielverhalten Software eingesetzt werden.

- 34 Bei physischen Casinos sind die Mitarbeiter dazu verpflichtet, Schulungen in
35 Bezug darauf zu durchlaufen und Kunden auf potenziell problematisches Verhalten
36 anzusprechen.
- 37 • Spieler sollen zu jeder Zeit einen Selbstausschluss beantragen können, der
38 sofort wirksam wird und in einem zentralen Register vermerkt wird. Dieser
39 Selbstausschluss kann sowohl temporär als auch auf Lebenszeit beantragt werden.
40 Ein Widerruf ist möglich und wird innerhalb von 4 Wochen wirksam.
 - 41 • Es ist ein festes Einzahlungslimit festzusetzen, um exzessives Glücksspiel und
42 finanzielle Risiken zu begrenzen.
 - 43 • Es sind nur 2 Einzahlungen pro Casino-Besuch möglich, um die Kontrolle über
44 finanzielle Ausgaben zu erleichtern und die Gefahr von unkontrolliertem Spielen
45 zu reduzieren.
 - 46 • Alle Formen des von sogenannten „Lootboxen“ sind als Glücksspiele einzustufen,
47 hiermit sollen vor allem Jugendliche vor Glücksspiel geschützt werden.
 - 48 • Verstöße gegen das Glücksspielrecht führen zum sofortigen Lizenzverlust.
 - 49 • Bund und Länder sind verpflichtet, regelmäßig Kontrollen durchzuführen. Diese
50 finden unangekündigt und unter Zuhilfenahme von „Testspielen“ statt.

Begründung

Die Werbung für in Deutschland lizenzierte Glücksspiel- und Wettanbieter ist bereits aus gutem Grund eingeschränkt. Aus unserer Sicht zählen die Gründe für die aktuellen Einschränkungen jedoch für den Zeitraum zwischen 21 und 6 Uhr gleichermaßen. Ein Verbot der Werbung für Anbieter kommt keinem Verbot von Wett- und Glücksspielanbietern gleich, es sorgt jedoch dafür, dass durch Werbemaßnahmen nicht weitere Menschen in die Spielsucht gezogen werden.

Antrag F01: Queerfeminismus endlich in der SPD etablieren!

Antragsteller/in:	Bezirksvorstand Jusos Oberbayern
Status:	angenommen
Sachgebiet:	F - Feminismus und Gleichstellung

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Adressat*innen:** Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern, SPD Bezirksparteitag,
- 2 Bezirksvorstand der SPD Oberbayern, Landeskonferenz der Jusos Bayern, Landesparteitag
- 3 der Bayern SPD, SPD Landesvorstand, Juso Bundeskongress, SPD Bundesparteitag
- 4 Das Sommerfest der SPD Bundestagsfraktion im vergangenen Sommer ist durch die
- 5 Angriffe mittels KO-Tropfen in trauriger Erinnerung geblieben. Nun hat die
- 6 Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen eingestellt, da kein Täter ermittelt werden
- 7 konnte. Für die Sicherheit und das Sicherheitsempfinden von FINTAs*(Frauen, Inter,
- 8 Non Binary, Trans, Agender) in der SPD ein fatales Zeichen.
- 9 Im Grundgesetz steht in Artikel 3 Absatz 3:
- 10 "Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner
- 11 Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder
- 12 politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen
- 13 seiner Behinderung benachteiligt werden."
- 14 Trotzdem erfährt die Hälfte der Gesellschaft täglich eine Benachteiligung aufgrund
- 15 des eigenen Geschlechts. Wir kämpfen für eine gerechte Gesellschaft und echte
- 16 Gleichstellung aller Geschlechter in unserer Gesellschaft. Dabei sollten wir den
- 17 Blick in unserer eigenen Partei nicht verschließen.
- 18 Stammtischrunden in Ortsvereinen, Vorstandssitzungen, Konferenzen auf den
- 19 unterschiedlichsten Ebenen sind aktuell für FINTA*-Personen kein sicherer Ort.
- 20 Angefangen bei unangenehmen Sprüchen, grenzüberschreitendem Verhalten bis hin zu
- 21 sexueller Belästigung. All das ist Alltag in unserer Partei und die meisten FINTA*s
- 22 haben es bereits erlebt.
- 23 Sexismus ist die Diskriminierung, Unterdrückung und Abwertung einer Person aufgrund
- 24 ihres Geschlechts. Sexismus ist geprägt von den traditionellen Rollenbildern und der
- 25 Vorstellung, dass Männer aufgrund ihres Geschlechts überlegen sind.
- 26 Sexismus beginnt nicht erst mit sexueller Belästigung oder offen sexistischen
- 27 Sprüchen. Sexismus beginnt bereits viel früher. Bemerkungen, Berührungen oder das
- 28 Verhalten von vielen unserer Genossen ist unangenehm und überschreitet Grenzen.
- 29 Ein weiteres Problem stellt das Misgendern von TINA* (Trans, Inter, Nicht Binär,
- 30 Agender) Genoss*innen da. Diese verletzende Praxis kann unbeabsichtigt aber auch
- 31 absichtlich passieren, im letzteren Fall mit dem Bewusstsein und dem Kalkül verletzen
- 32 zu wollen. Das Misgendern ist nur eine der Formen, mit der Transfeindlichkeit zum
- 33 Ausdruck gebracht wird. Unangebrachte Fragen, Ausgrenzung und verletzende Kommentare

34 sind weitere Formen, die auch bei uns vorkommen. Als Feminist*innen können und wollen
35 wir solche Verhaltensweisen nicht akzeptieren! Wir stehen solidarisch an der Seite
36 unserer TINA*-Genoss*innen und verurteilen jede Form der Ausgrenzung und Verletzung,
37 die diese innerhalb unserer Partei erfahren.

38 Dass sich in unserer Partei dennoch viele FINTA*s engagieren, hat sich die SPD nicht
39 allein selbst zu verdanken, sondern basiert häufig auf dem Durchhaltevermögen der
40 individuellen Personen, die sich diesen Problemen entgegenstellen.

41 Um ein Raum zu werden in dem sich FINTA*s sicher fühlen und gerne sind, müssen wir
42 weiterhin an unserem Feminismus arbeiten und diesen auch innerparteilich hochhalten.
43 Für uns ist klar: Unser Feminismus schließt niemanden aus, wir stehen an der Seite
44 von allen, die Sexismus, Transfeindlichkeit oder Einschränkungen ihres
45 Selbstbestimmungsrechtes erfahren, sowohl innerhalb als auch außerhalb unserer
46 Strukturen. Unser Feminismus ist ein queerer Feminismus, der vor allem
47 Gesellschaftliches in den Blick nimmt und von überholten Vorstellungen, die
48 wissenschaftlich widerlegt sind, Abstand nimmt.

49 Opfer zu schützen heißt, ihnen zu glauben, sie kurz- und langfristig zu unterstützen
50 und Täter*innen zu konfrontieren. Wenn Vorfälle unter den Teppich gekehrt werden,
51 führt das dazu, dass Opfer sich alleine fühlen und Täter*innen an anderer Stelle
52 weitermachen können. Nur wenn Sexismus offen zur Sprache gebracht wird, schützen wir
53 potentielle Opfer. Dabei sind wir alle gefordert, denn wir alle können Zeug*innen von
54 sexistischem Verhalten werden und am besten schützen wir Opfer durch sofortiges
55 Einschreiten in der Situation. Denn:

56 **Wer schweigt, stimmt zu!**

57 "Silence is Violence", "Wer schweigt, stimmt zu", "Wegschauen ist wie Zuschlagen" -
58 es gibt viele markige Parolen, die alle dasselbe beschreiben - und sie sind
59 zutreffend. Für Betroffene ist es egal, *warum* Umstehende nicht einschreiten und ihnen
60 nicht helfen. Denn es macht für die unmittelbaren Auswirkungen der Übergriffe keinen
61 Unterschied, ob jemand nichts tut, weil er*sie Angst hat, es nicht als Übergriff
62 wahrnimmt oder es wirklich in Ordnung findet, was gerade passiert. Darum fordern wir
63 alle Genoss*innen auf, aufmerksam zu sein: Lasst Übergriffe jeder Art nicht einfach
64 stehen! Widersprecht, greift ein. Lasst Betroffene nicht allein und lasst Täter*innen
65 nicht das Gefühl, ihr Verhalten sei in Ordnung! Wir fordern deshalb konsequente
66 offene Aufarbeitung diskriminierender Vorfälle innerhalb der Partei und ein
67 entsprechendes Bildungsprogramm auf allen Ebenen, um Menschen für sexistisches und
68 queerfeindliches Verhalten zu sensibilisieren und Einschreiten zu trainieren.

69 Sexismus geht größtenteils von Männern aus, doch alle Menschen können Misogynie und
70 Sexismus internalisiert haben und diskriminierendes Verhalten an den Tag legen.
71 Sexismus ist in jedem Fall inakzeptabel und muss sanktioniert werden ungeachtet des
72 Geschlechts der Täter*innen bzw. des Opfers. Um dies besonders sichtbar zu machen,
73 sprechen wir explizit von Täter*innen.

74 **Täter*innen schützen, heißt Probleme kriegen!**

75 "Wer schweigt, stimmt zu!" gilt gerade auch für Vorstände, die Täter*innen decken,

76 warum auch immer. Es gibt keine Rechtfertigung, Übergriffigkeit zu decken.
77 Auch bei uns gibt es Machtstrukturen, die dazu führen, dass Einzelne mit
78 Fehlverhalten ungestraft davonkommen können, während Opfer oft aus Angst vor
79 negativer Presse für die SPD oder persönliche Konsequenzen innerhalb des Verbandes
80 schweigen. Das ist eine klassische Täter-Opfer-Umkehr. Nicht die Person, die
81 Fehlverhalten anspricht und damit eventuell negative Presse ermöglicht, ist dafür
82 verantwortlich, sondern die Person, die sich Fehl verhalten hat.
83 Jeder Mensch wurde unterschiedlich sozialisiert und hat unterschiedliche persönliche
84 Grenzen. Dadurch kann es zu unbewussten und ungewollten Grenzüberschreitungen kommen.

85 Trotzdem sind das Grenzüberschreitungen denen nachgegangen werden muss und das heißt
86 nicht, dass wir Menschen direkt verbannen möchten, sondern vielmehr, dass wir, in
87 solchen Fällen, mit Bildungsarbeit und dem gemeinsamen Gespräch für eine Atmosphäre
88 sorgen wollen, in der wir uns wohlfühlen können. Bei bewussten, wiederholten und
89 systematischen Grenzüberschreitungen erwarten wir harte und unmittelbare
90 Konsequenzen.

91
Eine Partei, die sich immer wieder darauf beruft, feministisch zu sein und in der

92
Tradition von (queer)feministischen Freiheitskämpfer*innen zu stehen, hat die

93
Pflicht, diese Standards auch in den eigenen Reihen anzuwenden, Verdachtsfällen aktiv

94
nachzugehen und Täter*innen konsequent zu sanktionieren.

95 Es ist die Aufgabe von uns allen, diskriminierendes und übergriffiges Verhalten zu
96 verurteilen und zu sanktionieren. Wir fordern den Bezirksvorstand der SPD Oberbayern,
97 den Landesvorstand der Bayern SPD und den Vorstand der Bundespartei auf, endlich zu
98 handeln und FINTA*s in der Partei zur Seite zu stehen. Wir erwarten, dass Konzepte
99 zum Schutz von FINTA*s und zur Sanktionierung von sexistischem und übergriffigem
100 Verhalten erarbeitet und vorgestellt werden. Diese müssen so konkret wie möglich
101 regeln, wie mit solchen Fällen umgegangen werden soll. Insbesondere erwarten wir,
102 dass sich alle Vorstände verpflichten, sich an diese Konzepte zu halten. An erster
103 Stelle muss hierbei zwingend die Sicherheit von FINTA*s stehen. Täter*innen muss klar
104 sein, dass die SPD keine Partei ist, in der sie sicher sind oder geschützt werden.

105 **Unsere Forderungen**, kurz zusammengefasst:

- 106 • Das Einrichten einer anonymen, bürokratiearmen und zentralen Beschwerdestelle
107 innerhalb der SPD.
- 108 • Eine konsequente Aufarbeitung der Beschwerden.
- Aufmerksamkeit für das Thema, in dem vor Veranstaltungen ausdrücklich auf dieses

- 109 Problem hingewiesen wird und über die interne wie auch über externe
110 Beschwerdemöglichkeiten informiert wird.
- 111 • Ein durch die Vorstände der SPD Bayern und Oberbayern erarbeitetes Konzept zum
112 Schutz von FINTA*s inklusive Sanktionen für Täter*innen
- 113 • Sensibilisierung der Mitglieder für Sexismus und Queerfeindlichkeit und
Empowerment zum Einschreiten - Solidarität mit allen Betroffenen!
- 114
- 115 • Das Ende des Täter*innen-Schutzes!
- 116 • (Queer-)Feminismus in der SPD etablieren!
- 117

Antrag G04: Clearingstellen für Menschen ohne Krankenversicherung

Antragsteller/in:	Jusos Freising
Status:	angenommen
Sachgebiet:	G - Gesundheit

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir fordern die Einführung staatlicher Förderprogramme, um Anlaufstellen in Städten
- 2 und Gemeinden zu schaffen, deren Ziel es ist, Menschen ohne Krankenversicherung und
- 3 Menschen, deren Versicherungsstatus unklar ist, über ihre Ansprüche für medizinische
- 4 Grundversorgung aufzuklären und potentiell Wege in die gesetzliche
- 5 Krankenversicherung zu finden.
- 6 Zudem fordern wir die Aufhebung des AufenthG §87 Abs. 2 Nr. 1, welcher
- 7 Sozialbehörden verpflichtet, Menschen ohne Aufenthaltstitel bei der Ausländerbehörde
- 8 zu melden, sollten diese einen Krankenschein beantragen, um die Ihnen zustehende
- 9 medizinische Grundversorgung wahrnehmen zu können. Diese Praxis führt dazu, dass
- 10 Menschen ihre Abschiebung riskieren, um medizinisch versorgt werden zu können.

Begründung

Deutschland hat sich durch die Unterzeichnung des UN-Sozialpakts dazu verpflichtet, das Recht aller Menschen auf Gesundheit anzuerkennen und die Bereitstellung medizinischer Versorgung für alle sicherzustellen. Obwohl man in Deutschland auch ohne Krankenversicherung ein Anrecht auf eine Behandlung bei akuten Erkrankungen, Schmerzzuständen und bei Schwangerschaft hat, ist es für viele aus unterschiedlichen Gründen schwer, dieses Recht wahrzunehmen. In einigen Großstädten gibt es bereits durch die "Medinetze" ehrenamtlich organisierte anonyme Anlaufstellen für Menschen mit unklarem Versicherungsstatus, allerdings mangelt es an einem flächendeckenden Angebot zur Unterstützung in solchen Fällen.

Insbesondere Menschen ohne Aufenthaltstitel sind oft davon betroffen, auf keinerlei medizinische Versorgung Zugriff zu haben, ohne dass sie Gefahr laufen, gemeldet und abgeschoben zu werden. Deshalb ist es wichtig, dass der verlängerte Geheimnisschutz innerhalb von Krankenhäusern durchgesetzt wird, so dass selbst das Verwaltungspersonal von Einrichtungen keine Menschen an die Ausländerbehörde melden darf. Aus demselben Grund fordern wir einerseits die Aufhebung der Meldepflicht der Sozialbehörden gegenüber den Ausländerbehörden, so dass Krankenscheine ohne Abschieberisiko beantragt werden können, andererseits sollen die neu geschaffenen Anlaufstellen lediglich staatlich gefördert aber nicht staatlich betrieben werden, um mehr Distanz zu gewährleisten, so dass eine Informationsweitergabe ausgeschlossen werden kann.

Es kann in einem industrialisierten Land wie Deutschland nicht sein, dass Menschen der Zugang zu medizinischen Einrichtungen erschwert wird und diese im schlimmsten Fall vor die Wahl

zwischen Gesundheit und persönlicher Sicherheit gestellt werden. Gesundheit ist ein Menschenrecht muss als solches allen zur Verfügung stehen, unabhängig von Aufenthaltsstatus und finanzieller Lage!

Antrag G05: Solidarität für Betroffene von Long Covid und ME/CFS

Antragsteller/in:	Jusos München-Land
Status:	angenommen
Sachgebiet:	G - Gesundheit

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Adressat*innen:** Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern, SPD Bezirksparteitag,
2 Bezirksvorstand der SPD Oberbayern, Landeskonferenz der Jusos Bayern, Landesparteitag
3 der Bayern SPD, SPD Landesvorstand, Juso Bundeskongress, SPD Bundesparteitag SPD-
4 Landtagsfraktion, SPD-Bundestagsfraktion

5

6 Forschung:

7 Die SPD wird aufgefordert, im Bundestag einen Antrag auf Etablierung eines
8 biomedizinischen Long Covid und Myalgische Enzephalomyelitis/Chronic Fatigue-Syndrom
9 (ME/CFS) Therapieforschungsfonds auf Bundesebene mit einem Volumen von mindestens 500

10 Millionen Euro zu forcieren. Dessen Mittel sollten für alle Schritte des Prozesses,
11 von der Erforschung der Pathomechanismen bis zur Finanzierung von Zulassungsstudien
12 von Medikamenten wie z.B. BC007, zur Verfügung gestellt werden. Über die Vergabe der
13 Mittel sollte das BMG unter Einbeziehung von z.B. dem Fatigue Zentrum Charité und
14 Patient*innenorganisationen entscheiden.

15

16 Anerkennung:

17 Obwohl viele Menschen nach einer Coronainfektion mit massiven Beschwerden zu kämpfen
18 haben, werden diese Beschwerden regelmäßig geleugnet und gar keine oder überraschend
19 niedrige Grade der Behinderung gewährt. Dies geschieht meistens trotz erfolgter
20 Diagnose. Daher fordern wir alle relevanten Stellen auf, sicherzustellen, dass diese
21 Schwierigkeiten für Betroffene aufhören.

22

23 Teilhabe:

24 Einige Betroffene sind bei individueller Rücksichtnahme auf Ihre Symptome in der Lage
25 eingeschränkt am Leben teilzuhaben. Leider ist es so, dass Schulen, Berufsschulen,
26 Universitäten und Arbeitgeber*innen oft solche Maßnahmen verweigern. Das schließt
27 Millionen Menschen unnötigerweise aus dem Erwerbs- und Sozialleben aus. Es braucht
28 Nachteilsausgleiche. Die Möglichkeit soll geschaffen werden, auch Online an Bildung
29 teilzuhaben. Arbeitgeber*innen sollten Betroffenen durch u.a. flexible Arbeitszeiten,
30 Home-Office, Zuteilung von einfacheren Aufgaben oder Teilzeit den Verbleib im
31 Erwerbsleben ermöglichen.

Begründung

Vor der Pandemie waren bereits etwa 300.000 Menschen in Deutschland von ME/CFS betroffen, oft als Folge einer Epstein-Barr-Virus (EBV) Infektion. Nach der Pandemie kommen noch viele Menschen durch Long-Covid hinzu. Viele Menschen mit ME/CFS sind arbeitsunfähig, und schwerwiegende Fälle benötigen pflegerische Unterstützung. Besonders häufig sind junge Frauen betroffen. Bisläng gibt es kaum Behandlungsmöglichkeiten, wenig Forschung und keine ausreichende Versorgung. Neben dem erheblichen individuellen Leid sind auch hohe gesellschaftliche Kosten zu erwarten. Der Verlust der Arbeitskraft der Erkrankten wird die Sozialversicherungssysteme stark belasten. Es ist nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für das Funktionieren von Staat und Gesellschaft von großer Bedeutung, die Situation schnell zu verbessern.

Antrag LAT01: Sonne, Sonne, Sozialismus: Für eine sommerliche, solidarische und demokratische Gesellschaft

Antragsteller/in:	Bezirksvorstand Jusos Oberbayern
Status:	angenommen
Sachgebiet:	LAT - Leitantrag

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Antragsempfänger*innen:** Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern, Landeskonferenz der
2 Jusos Bayern

3

4 Der Sommer ist die Zeit im Jahr, in der die Bäume saftig grün sind, die Sonne scheint
5 den ganzen Tag, der Mensch sucht am nahen Gewässer Schatten und Kühle um zu dösen und
6 die Vögel zwitschern bis spät in den Abend und Grillen zirpen. So stellen wir uns
7 einen Sommertag vor.

8

9 Doch wie alles im Kapitalismus ist auch der Sommer nicht gerecht verteilt. Was für
10 die einen ein entspannter Abend auf der Dachterasse mit kühlendem Getränk ist, ist
11 für andere ein langer Tag in Betonwüsten am Rande des Hitzschlags, was für die einen
12 Naherholung bedeutet, bedeutet für andere endloser Stau im Heimatdorf, was für die
13 einen Sommerurlaub im Süden bedeutet, bedeutet für andere nach den Ferien wieder
14 nichts erzählen zu können und nach jedem Sommer kommt ein Winter, den die einen kaum
15 spüren und die anderen schon im Herbst frieren.

16

17 Wir wollen einen Sommer für alle, eine sommerlich, solidarische und demokratische
18 Gesellschaft an der alle partizipieren. Wir wollen dem Kapitalismus die Ressource
19 Sommer entziehen und den Sommer umverteilen. Sommer - Sonne - Sozialismus!

20

21

22 **1. 36 Grad und es wird noch heißer**

23 Mit zunehmender Hitze, vor allem in dicht bebauten Städten, nimmt auch die Zahl der
24 Hitzetoten zu. Alleine in den Sommern 2018 bis 2020 starben in Deutschland etwa 20000
25 Menschen an Hitze - berechnet anhand der temperaturbedingten Übersterblichkeit. Vor
26 allem ältere Menschen sind betroffen. Dabei sind Hitzetote vermeidbar - bereits seit
27 2017 gibt es die acht Handlungsempfehlungen für Hitzeaktionspläne des
28 Umweltbundesamts. In Bayern sind bisher allerdings kaum Kommunen beteiligt. Es muss
29 ein Hitzeaktionsplan anhand dieser acht Empfehlungen auf Landesebene beschlossen
30 werden, den die Kommunen individuell anpassen können und bei deren Umsetzung sie von
31 der Landesebene unterstützt werden.

32

33 Dieser soll insbesondere die Nutzung eines Hitzewarnsystems, Information und
34 Kommunikation und besondere Beobachtung von Risikogruppen beinhalten. Einige
35 Arbeitnehmende sind durch ihren Beruf besonders gefährdet, Opfer von Hitze zu werden.
36 Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle Menschen ausreichenden Arbeitsschutz
37 erfahren, der ab bestimmten Stufen greift und dessen Einhaltung kontrolliert wird.
38 Zusätzlich zu einem besseren Warn- und Schutzsystem müssen auch die Gesundheits- und
39 Sozialsysteme auf Hitzewellen vorbereitet werden. Zum Beispiel können damit
40 barrierefrei zugängliche, kühle Rückzugsorte geschaffen werden. Langfristig sind die
41 beste Prävention eine angepasste Stadtplanung und bauliche Änderungen mit mehr
42 Grünflächen und Flächenentsiegelung, denn je dichter eine Stadt bebaut und je stärker
43 der Boden einer Stadt versiegelt ist und je weniger Grün es in den Städten gibt, umso
44 schlechter kann sie auch nachts wieder auskühlen. Hier soll auch geprüft werden
45 zunehmend ungenutzte Flächen zu begrünen, wie zum Beispiel Dachflächen von
46 Bushaltestellen. Gerade bei Neubauten soll die Möglichkeit von Fassadenbegrünung
47 verpflichtend geprüft werden, denn diese kann ein Aufheizen der Fassade massiv
48 verringern und so auch positive Effekte für den Innenraum schaffen und eine
49 Alternative zu Klimaanlage darstellen. Steingärten müssen landesweit verboten und
50 sollen durch Begrünung ersetzt werden. Auch die Luftqualität hat einen enormen Effekt
51 auf die Hitze in den Städten - stärkere Luftverschmutzung führt zu einem stärkeren
52 Aufheizen, deshalb ist auch die Verkehrswende ein wichtiger Teil der Hitzeprävention
53 in den Städten. Wo ein Auto parkt, könnte auch ein Baum wachsen.

54

55 Mit zunehmender Hitze ist auch die Versorgung mit Trinkwasser umso wichtiger, denn
56 Dehydrierung ist eine der gefährlichsten Gesundheitsfolgen anhaltender Hitze. Nicht
57 allen Menschen ist ein Zugang zu Trinkwasser immer und überall garantiert. Wir
58 fordern, dass Trinkwasser barrierefrei in allen Kommunen kostenlos zur Verfügung
59 steht. Absinkende Grundwasserspiegel und die damit verbundene Gefährdung der
60 Wasserversorgung, sind inzwischen auch bei uns in Oberbayern ein Problem. Mit dieser
61 wertvollen Ressource müssen wir deshalb schonender umgehen - die Grundlage dafür ist
62 eine wirksame Bayerische Wasserstrategie. Dabei setzen wir auf die ortsnahe
63 Wasserversorgung durch die Kommunen. Wir bekräftigen daher unsere Forderung nach mehr
64 adäquaten Wasserschutzgebieten in Bayern mit entsprechenden Kontrollsystemen. Die
65 Qualität von Trinkwasser muss durch entsprechende Kontrollen sichergestellt und der
66 Eintrag von schädlichen Stoffen wie Stickstoff aus der Landwirtschaft konsequent
67 reduziert werden. Wo immer Einträge entstehen oder entstanden sind, sind die Kosten
68 der Aufbereitung des Wassers entsprechend dem Verursacher*innenprinzip zu
69 organisieren - das heißt, dass Industrieunternehmen, die Wasserverschmutzung
70 verursachen, für Aufbereitungskosten aufkommen. Der Problematik Nutzwasser vs.
71 Trinkwasser wollen wir durch vermehrtes Wasserrecycling durch Förderung des Baus von
72 Regenwasserzisternen begegnen. Rigorosere Wassersparmaßnahmen lassen sich trotzdem
73 nicht vermeiden. Hier soll vor allem bei Industrie und Landwirtschaft angesetzt
74 werden, da diese den größten Hebel darstellen. Dafür soll ein Runder Tisch geschaffen
75 werden, um entsprechende Maßnahmen zu planen und umzusetzen. Es müssen Pläne für die

76 Wasserwirtschaft entwickelt werden, die die Trinkwasserversorgung schützen, regionale
77 Wasserversorgungsverbände sollen Engpässe ausgleichen helfen. Die überregionale
78 Zusammenarbeit bei der Wasserversorgung wollen wir stärken, die Wasserinfrastruktur
79 der Kommunen muss modernisiert werden. Dafür braucht es Förderprogramme des
80 Freistaats. Gleichzeitig darf die Trinkwasserversorgung nicht privatisiert werden -
81 wir lehnen den Ausverkauf von Trinkwasser an Investoren ab.

82 Die Kommunen müssen in der kommunalen Entwicklungsplanung die Voraussetzung für den
83 Aufbau von Schwammstädten bzw. Schwammdörfern, in denen Niederschläge u.a. im Boden
84 gespeichert oder wiederverwendet werden können. Wir wollen die Kreislaufwirtschaft
85 auch in der Wasserwirtschaft fördern, weitere Flächenversiegelungen müssen stark
86 eingeschränkt werden. An unseren umfassenden Beschlüssen zum Schutz der
87 Wasserversorgung halten wir fest.

88 Neben aller Prävention und Resilienz der Kommunen gegen den Klimawandel, muss das
89 Hauptziel natürlich der Kampf gegen den Klimawandel bleiben. Wichtige Bausteine dafür
90 sind für uns der dezentrale Ausbau erneuerbarer Energien, sowie die Verkehrswende
91 inklusive eines Verbots von Kurzstreckenflügen.

92

93

94 **2. Den Sommer mit vollen Zügen genießen**

95 Teil einer demokratisierten Gesellschaft ist, dass jede*r am gesellschaftlichen Leben
96 teilnehmen kann - ohne auf ein bestimmtes Fortbewegungsmittel angewiesen zu sein.
97 Gleichzeitig bedeutet das für uns, dass öffentliche Räume allen offenstehen und von
98 allen genutzt werden können. Sie sollen Austausch und Kontakt ermöglichen und
99 fördern.

100

101 Mit dem 49-Euro-Ticket ist ein Schritt zu besserem öffentlichem Nahverkehr (ÖPNV)
102 gemacht: Unübersichtliche Tarifstrukturen fallen weg, der ÖPNV wird leichter nutzbar.
103 Gleichzeitig lohnt sich das Ticket für manche nicht - und viele können es sich nicht
104 leisten. Wir wollen ein 0-Euro-Ticket für alle!

105

106 Dabei vergessen wir auch nicht die Perspektive der Arbeiter*innen bei den
107 Verkehrsunternehmen. Viele werden für ihre Arbeit nicht angemessen bezahlt. Das
108 betrifft u.a. die Zugbegleiter*innen, das Sicherheits- und Servicepersonal sowie
109 Werkstätten. Der Staat muss Tariftreue zur Bedingung seiner Zusammenarbeit mit
110 Verkehrsunternehmen machen, langfristig muss die Deutsche Bahn zurück in die
111 öffentliche Hand.

112

113 Ein attraktiver ÖPNV sorgt auch dafür, dass Menschen vom Auto in Bahn, Tram und Bus
114 umsteigen - auf dem Land und in der Stadt.

115 Besonders in Tourismusregionen ist das oft schwer, der ÖPNV und der Regionalverkehr
116 sind nicht ausreichend ausgebaut.

117 Gerade in diesen Regionen kann dadurch aber nachhaltiger Tourismus möglich werden.
118 Dazu müssen stillgelegte Bahnstrecken reaktiviert sowie die Reaktivierung Kriterien
119 gesenkt werden, es braucht mehr Verbindungen und mehr regionale Knotenpunkte, so dass
120 die Reisezeit kürzer wird. Vor Ort braucht es Förderungen für Busse. Wenn das Angebot
121 ausgebaut ist, kann auch der Autoverkehr reduziert werden und Parkflächen können
122 anders genutzt werden.

123

124 Auch in Städten braucht der ÖPNV noch Verbesserungen - Verkehrsmittel müssen endlich
125 24 Stunden durchgängig fahren und Takte müssen ausgebaut, nicht ausgedünnt werden. An
126 ÖPNV-Knotenpunkten außerhalb der Innenstädte braucht es kostenfreie Park&Ride-
127 Anlagen, damit der Umstieg für Menschen, die auf dem Land ein Auto brauchen,
128 unkompliziert ist.

129

130 Der ÖPNV muss für alle barrierefrei sein, egal, ob Menschen im Rollstuhl oder mit
131 einem Kinderwagen mitfahren. Aktuell ist in Zügen für Kinderwagen oft kein Platz, im
132 Regionalverkehr müssen sich Personen mit Behinderung vor einer Fahrt anmelden.
133 Fahrradanhänger an Bussen oder Wagen sorgen für mehr Platz im Fahrgastbereich - und
134 für mehr Platz für Kinderwagen und Rollstuhlfahrer*innen. Auch braucht es
135 Orientierungspunkte für Blinde Personen an den Zügen und Bussen.

136

137 Mit diesen Verbesserungen kann in den Städten der öffentliche Raum mehr sein als
138 Straße und Parkplatz. Wir wollen Städte zu Naherholungsgebieten machen und dazu Parks
139 und Grünzüge fördern und schützen. Dabei müssen diese Orte auch für alle Menschen
140 zugänglich und für die Freizeit nutzbar sein. Gleichzeitig braucht es mehr
141 öffentlichen Raum ohne Konsumzwang und einen Ausbau der Stadtarchitektur, z.B. mit
142 Bänken, Trinkbrunnen und öffentlichen Toiletten.

143

144

145 **3. Allen ein Platz an der Sonne**

146 Sommerzeit ist Ferienzeit - für viele Arbeitnehmer*innen und Familien ist das die
147 Zeit der Erholung und Freizeit.

148

149 Kinder aus ärmeren Familien sind davon jedoch häufig ausgeschlossen, ihnen bleibt ein
150 Sommerurlaub oft verwehrt. Gleichzeitig fallen mit geschlossenen Schulen und
151 Kindergärten wichtige Lebens- und Erlebnisräume über Wochen weg. Wir wollen, dass
152 alle Kinder die Möglichkeit bekommen, ihre freie Zeit im Sommer zu genießen. Dazu
153 braucht es Förderungen für ärmere Familien, damit Urlaube möglich sind. Angebote für
154 Ferienfreizeiten müssen umfassend finanziert werden, sodass zusätzliche Beiträge
155 entfallen können. Für jedes Kind muss es unabhängig vom Einkommen der Eltern möglich
156 sein, Sommerferien zu verbringen, von denen es erzählen kann. Bereits vorhandene
157 Unterstützungen für den Aufenthalt in gemeinnützigen Familienferienstätten müssen so

158 ausgeweitet werden, dass nicht nur die Unterbringungskosten gefördert oder
159 bezuschusst werden, sondern auch Ausflüge möglich sind und die Kosten auch dafür
160 übernommen werden. Die hauptamtlichen und ehrenamtlichen Begleiter*innen müssen
161 wenigstens nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst bezahlt werden.

162 Auch ist klar: Viele Menschen müssen in Ferienzeiten arbeiten, um ihre Familie
163 versorgen zu können. Beste Garantie für Freizeit von der Arbeit sind deshalb
164 Gewerkschaften, die Tarifverträge mit guten Bedingungen für Familien, höheren
165 Urlaubsanspruch und Urlaubsgeld durchsetzen können. Arbeitskampf ist für uns deshalb
166 gleich mehrfach der Kampf dafür, allen einen Platz an der Sonne zu geben.

167

168 Auch zu Hause muss Urlaub und Freizeit verbracht werden können und Erholung möglich
169 sein. Besonders Schwimm- und - im Sommer - Freibäder sind für viele willkommene
170 Abwechslung und Abkühlung in den Sommermonaten.

171 Für viele Kommunen ist der Betrieb eigener Bäder aber finanziell kaum zu stemmen.
172 Gleichzeitig müssen die Eintrittspreise auch ohne besondere Vergünstigungen niedrig
173 sein. Es braucht deshalb höhere Zuschüsse von Land und Bund für den Bau, Erhalt und
174 Betrieb sowie für die Personalkosten von kommunalen Bädern. Sie fördern das
175 gesellschaftliche Leben vor Ort und steigern die Attraktivität von Wohngebieten.

176

177 Gleichzeitig sind kommunale Bäder nötig, damit alle Kinder Schwimmunterricht bekommen
178 können. Die aktuell hohen Nichtschwimmerquoten müssen dringend sinken, dazu braucht
179 es flächendeckende, kostenfreie und ausfinanzierte Schwimmkurse.

180 In diesem Zusammenhang ist es auch von zentraler Bedeutung, dem Mangel an
181 Rettungsschwimmer*innen entgegenzusteuern. Wir wollen das Engagement als
182 Rettungsschwimmer*in besser vergüten. Mit Blick auf die hohen
183 Nichtschwimmer*innenzahlen sorgen sie für Sicherheit, ohne sie müssten viele Bäder
184 schließen.

185

186

187 **4. Auch im Sommer: Preissteigerungen nicht aus dem Blick verlieren**

188 Während wir entspannt im Freibad oder am Badensee liegen wollen, ist es deutlich
189 spürbar, dass der letzte Winter seine Spuren hinterlassen hat: Aufgrund steigender
190 Energiepreise aber auch, weil Konzerne die Gelegenheit nutzen, um ihre Profite zu
191 vergrößern, erleben wir weiterhin enorme Folgen der Inflation. Egal ob die Pommes im
192 Freibad oder die Lebensmittel im Supermarkt, viele Menschen erleben weiterhin
193 Reallohnverluste – auch trotz guter Abschlüsse – und immer mehr Menschen machen sich
194 Sorgen, wie sie am Ende des Monats alle ihre Rechnungen bezahlen sollen.

195

196 Deswegen darf uns die Leichtigkeit des Sommers nicht darüber hinwegtäuschen, dass
197 auch im kommenden Winter damit zu rechnen ist, dass die Energiepreise weiterhin teuer
198 sind, dass Heizen weiterhin eine Belastung für viele Haushalte ist und dass die

199 Teuerungen bei vielen Menschen die Rücklagen auffressen. Daher halten wir daran fest,
200 dass beispielsweise durch eine Abschaffung der Mehrwertsteuer und durch z.B. die
201 Einführung von Übergewinnsteuern die Krise nicht weiter auf dem Rücken derjenigen
202 ausgetragen wird, die wenig haben, während diejenigen, die viel haben, in
203 Krisenzeiten ihr Vermögen auch noch vermehren.

Antrag M01: Flucht und Asyl, aber sicher!

Antragsteller/in:	Jusos München-Stadt
Status:	angenommen
Sachgebiet:	M - Migration und Integration

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Adressat*innen:** Unterbezirkskonferenz Jusos München, Bezirkskonferenz Jusos
- 2 Oberbayern, Landeskonferenz Jusos Bayern, Bundeskongress der Jusos,
- 3 Unterbezirksparteitag SPD München, Bezirksparteitag SPD Oberbayern, Landesparteitag
- 4 SPD Bayern, SPD Bundesparteitag
- 5
- 6 Wir verurteilen den Kompromiss, den der EU-Ministerrat zur weiteren Verschärfung von
- 7 Asylverfahren in Europa beschlossen hat. Wir sind wütend auf die sozialdemokratischen
- 8 Mitglieder der Bundesregierung, die eine solche Entscheidung – mal wieder begründet
- 9 mit vermeintlicher Notwendigkeit und Alternativlosigkeit – mittragen. Der Kompromiss
- 10 ist Ausdruck eines Rechtsrucks in Europa und stellt eine Verschlechterung für
- 11 Geflüchtete dar.
- 12
- 13 Konkret kritisieren wir insbesondere die Schnellverfahren an den EU-Außengrenzen:
- 14 Schon heute gibt es keine einheitliche rechtliche Situation noch einheitliche
- 15 Standards in allen Staaten der EU zur Prüfung auf Asyl. Viele Bescheide des BAMFs
- 16 (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) werden von Gerichten revidiert. Es ist zu
- 17 erwarten, dass die Prüfungen an den Außengrenzen in vielen Fällen zum Nachteil der
- 18 Asylsuchenden ausgehen. Darüber hinaus ist die Unterbringung in Lagern an der
- 19 Außengrenze haftähnlich, wenn die Geflüchteten diese nicht in Richtung der EU
- 20 verlassen dürfen. Von der Flucht oftmals traumatisiert, sind Geflüchtete damit für
- 21 Hilfsorganisationen schwer zugänglich. Dies als Verbesserung der Situation
- 22 darzustellen ist zynisch und unangemessen.
- 23
- 24 Ohne eine diplomatische Lösung und Suche nach einem Gespräch mit den Staaten in West
- 25 und Zentralafrika, ist auch die Idee eines schnellen Asylverfahrens an den EU Grenzen
- 26 bereits jetzt zum Scheitern verurteilt, wenn die Menschen, die Asyl nicht bekommen,
- 27 nicht zurückreisen können. Die sichere Rückreise ist in dem Fall nicht möglich, weil
- 28 es keine Einigung mit den Herkunftsländern und Transferländern (wie die des
- 29 Westbalkans) gibt. Dies wird nur zu ähnlich elenden Zuständen wie in Moria führen.
- 30
- 31 Unabhängig davon sieht der Kompromiss vor, dass bei abgelehnten Asylanträgen auch
- 32 eine Abschiebung in Drittstaaten möglich sein soll. Hierfür sollen Abkommen mit
- 33 vermeintlich sicheren Drittstaaten geschlossen werden, Abschiebungen werden damit

34 erleichtert und wahrscheinlicher und gleichzeitig unsicherer und gefährlicher.

35

36 Das Recht auf Asyl ist ein individuelles Recht. Basierend auf der Herkunft, die
37 Erfolgswahrscheinlichkeit zu beurteilen, widerspricht der Idee, jede individuelle
38 Situation einzeln zu prüfen.

39

40 Der Aussage der Bundesregierung, dass dies für Geflüchtete aus Syrien oder
41 Afghanistan nicht gilt, wird von vielen NGOs widersprochen: Wenn Menschen über
42 sichere Drittstaaten fliehen – was fast immer der Fall ist – können die
43 Mitgliedstaaten laut dem Text des Kompromisses entscheiden, diese Menschen in die
44 Grenzverfahren aufzunehmen.

45 Hochproblematisch ist auch, dass die Definition sicherer Drittstaaten zukünftig in
46 die Entscheidungsmacht der Nationalstaaten übergehen soll. Das wird zur Folge haben,
47 dass gerade die Staaten an den EU-Außengrenzen Probleme in den Drittstaaten
48 ignorieren und diese als "sicher" deklarieren werden, um Asylsuchende in die
49 Grenzverfahren zu bringen und um sie im Zweifel auch in Transitländer abschieben zu
50 können

51

52 Auch der hochgepriesene Verteilungsschlüssel innerhalb der EU läuft ins Leere, wenn
53 sich einzelne Mitgliedstaaten freikaufen können. Durch die Ausgleichszahlungen wird
54 die Nicht-Unterbringung von Geflüchteten zum marktwirtschaftlichen Gut innerhalb der
55 Europäischen Union.

56

57 Unabhängig von den konkreten Problemen des Kompromisses ist es vor allem die
58 generelle ideologische Ausrichtung, die ihm zugrunde liegt, die höchst problematisch
59 ist: Der Beschluss des Ministerrats verstärkt die Festung Europa und trägt zu einer
60 weiteren Abschottung bei. Flucht wird weiterhin kriminalisiert, das Sterben im
61 Mittelmeer findet weiterhin kein Ende und Fluchtrouten werden weiterhin unsicher
62 bleiben.

63

64 Den Anstieg der rechts-populistischen Parteien in der EU unterbindet man nicht, indem
65 man die Politik und Rhetorik dieser Parteien in den eigenen Beschlüssen und Reformen
66 umsetzt. Es schleicht sich der Eindruck ein, dass die Regierungen unbedingt eine
67 Reform vor der nächsten Europawahl umsetzen möchten, damit man in einem Jahr sagen
68 kann, man hätte die Anzahl der Asylsuchender gesenkt – aber um welchen Preis? Um den
69 Preis, dass man mit dem Leben der Tausenden von Menschen pokert und die eigene
70 „Werte“ und Rechtsprinzipien für nichtig erklärt. Das höchste Ziel der Regierungen
71 der EU und der Institutionen der EU, um ihre sogenannten humanistischen Werte wieder
72 glaubwürdig zu machen, sollte ein Vision Zero (Null Tote an den EU-Grenzen) für das
73 Mittelmeer und eigene Grenzen sein.

74

75 Unsere Asylpolitik muss auch einen besonderen Fokus auf den Schutz der Kinderrechte
76 haben. Kinder erleben in den Krisen Traumatisierung und verlieren ihre
77 Lebensgrundlage. Mit der UN-Kinderrechtskonvention haben sich fast alle Staaten
78 weltweit auf den Schutz von Kindern geeinigt. Aus diesem Grund ist es mehr als
79 wichtig dass die Mitgliedsstaaten der EU sich für den Schutz der Kinder, besonders
80 auf ihren Grenzen einsetzen, die internationale Vereinbarungen einhalten und die
81 finanziellen Mindeststandards für die Humanitäre Missionen für Kinderschutz sichern
82 (der Bedarf ist weltweit nur zu 43% gedeckt).

83

84 Wir fordern die Mitglieder des Europäischen Parlaments und die Bundesregierung auf,
85 sich im anstehenden Trilog gegen die Ratifizierung dieses Kompromisses einzusetzen.
86 Außerdem fordern wir konkret:

- 87 • Das Recht auf Asyl muss individuell geprüft werden, die Herkunft darf dabei
88 keine Rolle spielen
- 89 • Keine Lager an den Außengrenzen
- 90 • Keine Abschiebung in Drittstaaten
- 91 • Strenge Prüfungen der Anerkennung von Staaten als sichere Drittstaaten und
92 Entscheidungen darüber gemeinsam in der Europäischen Union
- 93 • Eine faire Verteilung in Europa, aus der sich niemand freikaufen kann
- 94 • Es braucht endlich sichere Fluchtrouten sowohl über Land als auch über Wasser.
95 Das Sterben muss endlich ein Ende haben. Die von der Bundesregierung
96 bereitgestellten Mittel müssen endlich an Initiativen der privaten Seenotrettung
97 fließen.

Antrag P03: Richtlinienändernder Antrag 01

Antragsteller/in:	Bezirksvorstand Jusos Oberbayern
Status:	angenommen
Sachgebiet:	P - Partei

Die Versammlung möge beschließen:

1 In Teil I Nr. 1.1 Ziffer (8) der Richtlinien wird der letzte Satz durch das Folgende
2 ersetzt:

3

4 “(8) [...] Der*die Vorsitzende kann bzw. die zwei gleichberechtigten Vorsitzenden
5 können nicht Teil des Awarenessteams sein.”

6

7 Teil III Nr. 2.3. der Richtlinien wird wie folgt neugefasst:

8

9 “2.3. Der Bezirksvorstand ist nach der Bezirkskonferenz das höchste beschlussfassende
10 Gremium der Jusos Oberbayern. Er besteht aus dem*der Vorsitzenden oder zwei
11 gleichberechtigten Vorsitzenden sowie den gleichberechtigten stellvertretenden
12 Vorsitzenden.”

Begründung

Die Erforderlichkeit zur Anpassung der Richtlinien zur allgemeinen Ermöglichung der Umsetzung unterschiedlicher Ausgestaltungen des Vorsitzes ergibt sich aus den Anforderungen des Organisationsstatus sowie der Wahlordnung.

Antrag U01: Resolution: Uneinig und trotzdem da! - Solidarität mit den Aktivist*innen der “Letzten Generation”

Antragsteller/in:	Bezirksvorstand Jusos Oberbayern
Status:	angenommen
Sachgebiet:	U - Umwelt und Energie

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Adressat*innen:** Landeskonzferenz Jusos Bayern,, Bezirksparteitag SPD Oberbayern,
- 2 Landesparteitag BayernSPD, Bundesparteitag SPD
- 3
- 4 Die Klimabewegung erfuh in den vergangenen Jahren einen großen Zuwachs an aktiven
- 5 Mitgliedern, die in unterschiedlichen Organisations- und Aktionsformen für schnelle
- 6 und weitreichende Klimaschutzmaßnahmen kämpfen. Deren Forderungen sind meist nicht
- 7 radikal, sondern beziehen sich auf die Einhaltung bestehender Verträge und
- 8 Rechtsnormen wie beispielsweise des Pariser Klimaschutzabkommens. Die Klimabewegung
- 9 ist sehr stark von jungen Menschen geprägt, die um ihre Zukunft auf einem
- 10 lebenswerten Planeten kämpfen Die Regierung und die Gesellschaft reagieren auf diesen
- 11 Klimaaktivismus an vielen Stellen mit Repression und Verurteilung.
- 12 Schlagzeilen machen statt den berechtigten Anliegen nur die Protestform. Wir
- 13 verurteilen diese Strategie den Protest zu delegitimiert und damit die Forderungen
- 14 gleich mit diskreditiert.
- 15 Dabei sind die Forderungen der letzten Generation, mit der Einführung eines
- 16 Tempolimits auf deutschen Autobahnen und eines günstigeren öffentlichen
- 17 Personennahverkehrs sehr niedrig angesetzt. Forderungen also, denen wir uns guten
- 18 Gewissens anschließen können.
- 19 Eine breite Koalition, von Liberalen über die Union bis zur AfD und leider auch Teile
- 20 unserer Partei, überbietet sich alledings weiterhin mit Forderungen nach einem harten
- 21 und autoritären Vorgehen. Gleichzeitig ist es auch an Lächerlichkeit nicht zu
- 22 überbieten, wenn friedliche Klimaaktivist*innen, die sich ohne Widerstand von der
- 23 Polizei wegtragen lassen, als “Klima-RAF” zur Bedrohung des Staates stilisiert
- 24 werden.
- 25 Zuletzt fand eine vollkommen unverhältnismäßige Razzia bei Mitgliedern der letzten
- 26 Generation durch die bayerische Justiz statt und zahlreiche Aktivist*innen wurden in
- 27 ihre privaten Kommunikation abgehört. Die Kontinuität wird deutlich: Statt auf
- 28 Dialog und Diskurs setzt der Staat auf Repression, Einschüchterung und
- 29 Delegitimierung der Proteste. Die als Radikalisierung beschriebene Entwicklung der
- 30 Klimabewegung ist dabei nicht selbst gewählt, sondern ein Ergebnis dieses mangelnden
- 31 Dialogs: Junge Menschen werden in ihrem Protest nicht ernst genommen und greifen
- 32 deshalb zu weitreichenden Protestformen, weil sie sonst mit ihren Anliegen nicht

33 gehört werden.

34

35 Dabei ist die Frage, wie die Aktionen der "Letzten Generation" juristisch bewertet
36 werden müssen, noch nicht einmal geklärt. Die bayerische Staatsregierung steckte
37 trotzdem mehrere Aktivist*innen für Wochen in "Präventivgewahrsam". Diese Maßnahme
38 des PAG, ursprünglich mit dem Argument der Gefährder*innen verteidigt, war und ist
39 verfassungsfeindlich. Darüber hinaus macht sich die Staatsregierung lächerlich, wenn
40 sie Maßnahmen, die sie selbst für potentielle Gewalttäter*innen oder Terrorist*innen
41 vorgesehen hat, nun auf Klimaaktivist*innen anwendet. Dieses Vorgehen zeigt, dass die
42 CSU mit dem PAG ein Instrument geschaffen hat, um die politische Opposition mundtot
43 zu machen - ein Vorgehen, das eher an Autokratien erinnert. Der immer wieder
44 hervorgehobene sogenannte "Richtervorbehalt" suggeriert, dass ein ordentliches
45 Gerichtsverfahren stattgefunden hat. Stattdessen wird nur über Formales entschieden,
46 eine juristisch-inhaltliche Prüfung gibt es nicht.

47 Für uns zeigt sich daraus, was uns aufgrund unserer systemischen Analyse bewusst ist:
48 Wenn der Kapitalismus befürchten muss, dass ihn Teile der Gesellschaft anzweifeln,
49 schlägt die Stimmung schnell um. Freiheitsrechte werden eingeschränkt, Aktivist*innen
50 werden diffamiert, Gewalt wird gerechtfertigt.

51 Dabei sind früher oder später alle linken Kräfte bedroht. Wenn politische Rechte
52 eingeschränkt werden, wenn ziviler Ungehorsam kriminalisiert wird, betrifft das
53 früher oder später alle Teile der gesellschaftlichen Linken. Wenn sich der
54 Kapitalismus bedroht fühlt, zerschlägt er ohne Weiteres die Demokratie - und
55 Konservative und Rechtsliberale liefern sie gerne aus.

56 Es waren Sozialist*innen, die Freiheitsrechte durchgesetzt, umgesetzt und verteidigt
57 haben. Die Idee eines freiheitlichen Staates, der alle Menschen gleich und mit Würde
58 behandelt, ist eine sozialistische. In ihrer Tradition stehen wir an der Seite der
59 letzten Generation.

60 Für uns als Jusos steht allerdings fest, dass sich politischer Protest gegen Staat
61 und Kapital richten muss und systemische Kritik nicht den Personen schaden soll, die
62 in diesem System leben müssen und Zwängen ausgesetzt sind. Es ist nach unserer
63 Auffassung die richtige Motivation der letzten Generation, Aufmerksamkeit auf die
64 Klimakrise zu lenken und die politisch Handelnden unter Druck zu setzen, denn sie
65 sind diejenigen, die seit Jahrzehnten die notwendigen Maßnahmen verweigern. Den
66 Protest in Form von Straßenblockaden, der ausschließlich die Zivilbevölkerung trifft,
67 lehnen wir hingegen ab. Statt zahlreiche Einzelpersonen sollten Wirtschaftskonzerne
68 blockiert werden und nicht die Arbeiter*innen, sondern das Kapital für die Missstände
69 verantwortlich gemacht werden. Die sozialökologische Wende kann nur als fundamentale
70 Kapitalismuskritik gelingen, dafür muss ein Schulterschluss zwischen Aktivist*innen
71 für Klimaschutz und den Arbeiter*innen vollzogen werden.

72 Nicht die einzelne Person ist verantwortlich, sondern das Kapital, das dieses
73 kapitalistische System bedingt!

74

75 Auch die Forderungen nach einem Gesellschaftsrat, der per Zufallsauswahl aus der
76 Bevölkerung gebildet werden soll, lehnen wir aus demokratietheoretischen
77 Gesichtspunkten ab und bekennen uns zur parlamentarischen Demokratie, in der die
78 Handlungen durch gewählte Volksvertreter*innen bestimmt werden. Nichtsdestotrotz
79 erkennen wir an, dass bei den aktuellen politischen Gegebenheiten Zweifel daran
80 aufkommen, dass Klimapolitik in einem Land, in dem Parteien von Konzernen Spenden in
81 Millionenhöhen bekommen, Lobbyismus allgegenwärtig ist und wissenschaftliche
82 Erkenntnisse oft hinter den lautesten Tönen von Rechts zurück bleiben, tatsächlich
83 umgesetzt werden kann. Wir stehen deshalb klar ein für sachorientierte Debatten über
84 Klimaschutz, die nur darin enden können, dass Klimaschutz massiv priorisiert werden
85 muss, radikale Maßnahmen eingeleitet werden müssen und Blockaden vielmehr in den
86 Köpfen der Menschen als auf den Straßen.

87 Als Jungsozialist*innen sind wir solidarisch mit den Aktivist*innen der “Letzten
88 Generation”, die für ihren Protest Verleumdungen, Haft und Gewalt ausgesetzt sind.
89 Wir betonen deshalb unsere tiefe Ablehnung des Polizeiaufgabengesetzes und des
90 Systems der Präventivhaft, in der unliebsame Protestierende, ohne in einer Straftat
91 schuldig gesprochen zu sein, unrechtmäßig polizeilich festgehalten werden. Dieses
92 Vorgehen ist in einem Rechtsstaat nicht hinnehmbar und wir fordern daher eine
93 umfassende Reform des Polizeiaufgabengesetzes.
94 Wir fordern außerdem die SPD auf, die mediale und politische Stimmungsmache gegen die
95 Aktivist*innen nicht zu unterstützen, sondern ihr klar und deutlich zu widersprechen.
96 Auch muss sich die SPD dem aktuellen Polizeirecht und weiteren Verschärfungen
97 entgegenstellen, damit demokratischer Protest nicht bestraft wird. Protest ist Teil
98 einer pluralen Demokratie und bildet die Basis unserer gesellschaftlichen
99 Errungenschaften. Wir und auch die SPD stehen daher in Tradition von sozialistischen
100 Bewegungen, die zuerst auf der Straße und erst später im Parlament stattfanden. Die
101 Ausformulierung eines sozialdemokratischen Sicherheitsbegriffes für die SPD, geleitet
102 von den Grundwerten der Freiheit, Gleichheit und Solidarität, in dem zudem ein
103 sozialistisches, feministisches, antifaschistisches und internationalistisches
104 Verständnis von Staat und Gesellschaft als Leitmotiv verwirklicht wird, ist eine der
105 kommenden Aufgaben für uns als Jusos. Unsere bisherigen Beschlüsse in diesen Fragen
106 bekräftigen wir an dieser Stelle. Wir erwarten von der SPD eine Politik, die den
107 Ansprüchen des Klimaschutzes gerecht wird, die Forderungen nach einem Tempolimit und
108 der Einführung des kostenlosen und fahrscheinlosen ÖPNVs muss unterstützt werden.
109 Die SPD muss liefern, “Klimakanzler” wird Olaf Scholz nicht durch ausufernde
110 Sprechakte oder ein Plakat, sondern durch eine Politik, die Klimaschutzmaßnahmen
111 umsetzt. Besonders von Jusos in Gremien und Parlamenten fordern wir dabei
112 Unterstützung für diese Positionen.

Antrag V02: Automobilindustrie transformieren - Mobilitätswende, Eigentumswende, Industriegewende

Antragsteller/in:	Jusos München-Stadt
Status:	angenommen
Sachgebiet:	V - Verkehr und Mobilität

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Adressat*innen: Juso Bezirkskonferenz, Juso Landeskonferenz, Juso Bundeskongress, SPD
- 2 Bezirksparteitag, SPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag
- 3 Mitglieder der Jusos München, der IG Metall Jugend München und von Fridays for Future
- 4 München haben auf einem gemeinsamen Seminar über die Transformation der
- 5 Automobilindustrie diskutiert. Dabei haben wir gelernt, dass es sowohl bereichernd
- 6 als auch anstrengend ist, den eigenen Organisationshintergrund zu verlassen.
- 7 Gleichzeitig Verbindendes zu bestärken und Trennendes zu überwinden ist eine
- 8 notwendige Voraussetzung für eine demokratische Veränderung unserer Gesellschaft.
- 9 **Gemeinsame Ausgangsanalyse: Die Klimakrise und die Notwendigkeit zu handeln**
- 10 Die Klimakrise bedroht unsere Welt existenziell. Wir sind uns darüber einig, dass die
- 11 aktuellen Zustände radikale Antworten erfordern. Wir sind uns auch darüber einig,
- 12 dass die Antworten Politische sein müssen. Die Verhaltensänderung von Individuen ist
- 13 nicht ausreichend und deshalb nicht geeignet, um die Klimakrise aufzuhalten.
- 14 Unterschiedliche Interessen resultieren aus unterschiedlichen Lebenswelten und
- 15 Lebensrealitäten. Es ist die Aufgabe der demokratischen Gesellschaft, diese
- 16 Interessenkonflikte zu akzeptieren und zu moderieren. Durch inhaltlichen Austausch –
- 17 wie zum Beispiel das oben erwähnte Seminar – ist es möglich, andere Interessen besser
- 18 zu verstehen und zu erkennen, dass Interessenkonflikte nicht immer ein “Entweder-
- 19 Oder” bedeuten müssen. Vielmehr sind unterschiedliche Interessen oft ein Ausdruck von
- 20 verschiedenen Blickwinkeln auf dasselbe Problem.
- 21 In der aktuellen Demokratie haben verschiedene Interessenvertreter*innen
- 22 unterschiedliche Stellungen. Dabei kommen gerade junge Menschen zu wenig zu Wort und
- 23 Wirtschaftslobbyist*innen sorgen dafür, dass die Interessen großer Konzerne viel
- 24 stärker gewichtet werden als die Interessen der Vielen in unserer Gesellschaft oder
- 25 die klaren Warnungen aller seriöser Klimamodelle.
- 26 Das verbleibende CO2-Budget, das uns noch zur Verfügung steht, um das 1,5-Grad-Ziel
- 27 zu erreichen, wird, wenn wir dem aktuellen kapitalistischen Kurs folgen, um ein
- 28 Vielfaches überschritten werden. Nur, wenn wir es schaffen, Emissionen drastisch zu
- 29 reduzieren, ist der Erhalt der Welt, wie wir sie kennen, möglich. Nur durch radikale
- 30 Veränderung ist eine Sicherung guten Lebens auf diesem Planeten möglich.
- 31 Unser gemeinsames Ziel: Klimagerechtigkeit
- 32 Bei der Transformation der Automobilindustrie ist aus Klimaschutz-Perspektive

33 Geschwindigkeit ausschlaggebend. Dekarbonisierung muss schnell passieren und anders
34 als in der Vergangenheit in der Industrie als eine Herausforderung der Gegenwart und
35 nicht der Zukunft verstanden werden. Eine Orientierung am CO₂-Budget gemäß dem
36 Pariser Abkommen macht den kurzfristigen Handlungsdruck sichtbar. Klimagerechtigkeit
37 bedeutet für uns, den nationalen Ausstoß von Klimagasen vor 2035 auf null zu
38 reduzieren. Darüber hinaus sollte auch die globale Verantwortung Deutschlands – als
39 reiches Land des globalen Nordens mit hohen historischen Emissionen – gegenüber
40 Ländern des globalen Südens, die schon heute viel stärker von den Folgen der
41 Erderhitzung betroffen sind, bedacht werden.

42 Unter einer Transformation verstehen wir einen grundlegenden Wandel. Es ist ein
43 Prozess der wesentlichen Veränderung vom aktuellen IST-Zustand hin zu einem
44 angestrebten Ziel. Zur Bewältigung einer Transformation bedarf es einer oder mehreren
45 Strategien. Transformation passiert auch, wenn wir sie nicht gestalten - wir müssen
46 sie nach unseren Vorstellungen beeinflussen.

47 Die Transformation der Automobilindustrie umfasst für uns vor allem drei
48 Diskussionsstränge: Zuerst wollen wir klären, wie wir mit Autos und ihrer Rolle im
49 Verkehr umgehen wollen. Dann beschreiben wir, wie die aktuellen Eigentumsverhältnisse
50 der Transformation der Automobilindustrie hin zu einer CO₂-sparenden Produktion
51 entgegenstehen. Abschließend zeichnen wir unsere Vision der Industrie der Zukunft.

52 Unsere Diskussionen verliefen oft entlang der Feststellung, dass einerseits ein
53 kurzfristiges klimapolitisches Handeln notwendig ist, andererseits in der
54 kapitalistischen Produktionsweise Klimagerechtigkeit nie erreicht werden kann. Wir
55 wünschen uns Veränderungen, die grundlegend sind. Deshalb wollen wir kurzfristig und
56 solidarisch für Klimaschutz in der kapitalistischen Welt, in der wir leben, kämpfen.

57 Gleichzeitig arbeiten wir an einer Gesellschaftsutopie, die solidarisch und mit
58 Verantwortung gegenüber künftigen Generationen am Erhalt unserer Lebensgrundlage
59 arbeitet, gute Arbeits- und Lebensbedingungen sichert und Kapitalinteressen, die dem
60 entgegenstehen, überwindet. Wir wissen aber, dass diese grundlegenden Veränderungen
61 nur demokratisch gelingen können.

62 **MOBILITÄTSWENDE: MOBILITÄT FÜR UNS MENSCHEN - NICHT DIE AUTOS**

63 Unsere Analyse: Das aktuelle Verkehrssystem ist klimaschädlich und sozial ungerecht.

64 Aktuell ist unser Mobilitätssystem auf das Verkehrsmittel Auto ausgerichtet. Dies
65 wird bspw. an der Gestaltung von Städten sichtbar. So werden zum Beispiel in München
66 45% der Wege mit dem Auto zurückgelegt.

67 Ein Auto in Deutschland kostet unsere Gesellschaft rund 5000 € im Jahr.

68 Diese Kosten beinhalten vor allem gesellschaftliche und ökologische Auswirkungen. Sie
69 entstehen durch gesundheitliche Schäden für die Bevölkerung, z.B. Lärmbelastung und
70 Schadstoffbelastung, aber auch die langfristigen Auswirkungen der Klimakrise. Diese
71 Kosten tragen auch Menschen, die kein Auto fahren. Der ÖPNV hingegen wird
72 nutzer*innenorientiert finanziert. Mobilitätskonzepte, deren Hauptfokus der
73 motorisierte Individualverkehr ist, können nicht sozial gerecht sein. Diese
74 Ungerechtigkeiten werden sichtbar in den Aspekten Sicherheit, finanzielle

- 75 Exklusivität durch hohe Haltungs- und Betriebskosten und mangelnde Barrierefreiheit.
- 76 Das autozentrierte Mobilitätskonzept beinhaltet auch eine starke Komponente der
77 Geschlechterungerechtigkeit: Das soziale Geschlecht hat nämlich in Kombination mit
78 anderen ökonomischen und sozialen Faktoren aufgrund von Rollenzuschreibung und -
79 erwartungen Auswirkungen darauf, wie wir uns fortbewegen (wollen). Wer viel Care-
80 Arbeit übernimmt, hat oft kleinteiligere Wege zu bewältigen die einfacher zu Fuß, mit
81 dem Fahrrad oder ÖPNV zurückgelegt werden können. Die autozentrierte Verkehrsplanung
82 ist in einer Gesellschaft, in der das Auto Männlichkeit rekonstruiert, Ausdruck der
83 tief in der Gesellschaft verankerten patriarchalen Strukturen.
- 84 Doch auch der ÖPNV und öffentliche Räume wie Parks oder Grünflächen entsprechen
85 momentan nicht ausreichend unseren Ansprüchen an barrierearme und
86 geschlechtergerechte Planung.
- 87 Viele FINTA* (Frauen, intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans und agender) Personen
88 meiden, besonders am Abend oder in der Nacht, bestimmte Wege aus Angst vor sexuellen
89 Übergriffen. Wer es sich leisten kann, weicht deshalb notgedrungen auf die Nutzung
90 eines Autos aus.
- 91 Der öffentliche Personennahverkehr, Fußgänger*innenwege und Fahrradwege sind voller
92 Barrieren und schließen Personen mit Mobilitätseinschränkungen genauso wie Familien
93 mit Kinderwagen systematisch aus.
- 94 Die meisten Menschen sind auf die Nutzung eines Autos geprägt und der Besitz gilt
95 immer noch als Statussymbol. Es gibt Personengruppen, die auf das Auto angewiesen
96 sind. Insgesamt entsteht durch die aktuell stark erhöhten Sprit-Preise infolge des
97 Ukraine-Kriegs und des Gewinnstrebens der Mineralölkonzerne eine hohe finanzielle
98 Belastung ohne Ausweg für einen Großteil der Bevölkerung.
- 99 Unsere Gesellschaft braucht also eine umfassende und rasche Mobilitätswende.
- 100 Wir fordern die Umgestaltung vom autogerechten Mobilitätssystem hin zu einem
101 menschengerechten. Jeder Mensch soll sich unabhängig von ökonomischen, sozialen,
102 demografischen und körperlichen Voraussetzungen frei im Verkehrssystem bewegen
103 können.
- 104 Weniger Individualverkehr und mehr ÖPNV
- 105 Im Mobilitätsverhalten muss es eine Verlagerung weg vom motorisierten
106 Individualverkehr (MIV) hin zum öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) geben. Damit
107 dies gelingt, muss der ÖPNV massiv ausgebaut werden und der MIV auf das Mindestmaß
108 begrenzt werden.
- 109 **Ausbau des ÖPNVs (bedürfnisorientiert, barrierearm)**
- 110 Dabei ist es elementar, dass der Aus- und Umbau des ÖPNVs bedürfnisorientiert
111 geschieht. So sollen Barrieren überwunden werden, zum Beispiel durch verständliche
112 Stationsansagen und Beschilderungen und gut zugängliche Aufzüge. Außerdem sollen
113 feministische Perspektiven in die Planung des Umbau des ÖPNVs einfließen. Das heißt
114 bessere Ausleuchtung von Bahnhöfen und eine höhere Taktung der öffentlichen
115 Verkehrsmittel. Ein klimaneutraler ÖPNV muss mit erneuerbaren Energien betrieben
116 werden. Die Kosten des ÖPNVs sollen außerdem solidarisch durch einen

117 einkommensabhängigen Beitrag auf die gesamte Gesellschaft verteilt werden.

118 **Autofreie Zonen in Städten**

119 Die Reduzierung des MIV soll durch Pilotprojekte, wie z. B. das autofreie Tal in
120 München, vorangetrieben werden. Unser Ziel ist es, den MIV aus den Innenstädten zu
121 verbannen. Für einen barrierearmen und gerechten Zugang (nicht alle Menschen können
122 zu Fuß gehen oder Fahrrad bzw. ÖPNV nutzen) sind Mobilitätsmöglichkeiten wie Shared
123 Taxis notwendig. Push-Maßnahmen, wie die alternative Nutzung und die gezielte
124 Bepreisung von Parkplätzen, können dabei die Bevölkerung zur umwelt- und
125 sozialverträglichen Mobilität bewegen.

126 **Umverteilung des öffentlichen Raums**

127 Durch die Begrenzung des MIVs werden v. a. in der Stadt neue Flächen frei. Diese
128 neuen Freiräume können beispielsweise für kulturelle und soziale Projekte verwendet
129 werden. Außerdem entsteht mehr Platz für die Mobilitätsformen des Umweltverbundes, z.
130 B. für Fußgehende und Fahrradfahrende. Besonders Synergien mit der Klimaanpassung
131 durch neue Grünflächen müssen genutzt werden. Langfristig kann eine Neuverteilung der
132 Fläche stattfinden, die unbedingt zugunsten der Menschen und der Umwelt passieren
133 muss.

134 Wir brauchen auch eine Antriebswende

135 **Wenn MIV, dann klimaneutral**

136 Wie zuvor gezeigt, braucht es vordergründig eine Verlagerung des Verkehrs vom MIV hin
137 zum Umweltverbund. Allerdings ist auch klar, dass ein gewisser Restbedarf an MIV
138 bleiben wird. Dies betrifft beispielsweise mobilitätseingeschränkte Personen,
139 Lieferverkehr und Handwerker*innen. Die essentielle Herausforderung in der
140 Transformation der Automobilindustrie ist es somit, Produkte anzubieten, die hohen
141 sozialen und ökologischen Standards folgen. Dafür braucht es eine **Antriebswende – das**
142 **bedeutet eine Abkehr von Antrieben, die mit fossiler Energie betrieben werden –**
143 **sowie den nachhaltigen Umgang mit Ressourcen bzw. den Einsatz recyclingfähiger**
144 **Materialien im Sinne einer Kreislaufwirtschaft.**

145 **Batterieelektrische Antriebe sind die Nachhaltigsten für MIV**

146 Die aktuell effizienteste und nachhaltigste Antriebstechnologie ist die von Batterie-
147 Elektrofahrzeugen (Abkürzung: BEV). Daher soll sowohl von staatlicher als auch
148 unternehmerischer Seite diese Technologie und ihre weitere Erforschung und
149 Verbesserung gefördert werden.

150 Wasserstoffbetriebene Brennstoffzellen-Elektrofahrzeuge (Abkürzung: FCEV) lehnen wir
151 als Lösung für die Antriebswende der Privat-PKWs ab. Allgemein haben Brennstoffzellen
152 einen sehr ineffizienten Wirkungsgrad und Grüner Wasserstoff wird in naher Zukunft in
153 anderen Bereichen (Luftfahrt, Schwerlasttransport, Chemieindustrie) benötigt.

154 Deshalb sollte auch für genau diese Bereiche die Forschung für mit Grünem Wasserstoff
155 betriebene Technologien durchaus weiter gefördert werden.

156 Jedoch muss unbedingt verhindert werden, dass die Hoffnung auf technologischen
157 Fortschritt die sofort nötigen Veränderungen in Verhalten und den Einsatz bereits zur

158 Verfügung stehender Technologien ausbremst.

159 **Die Vorteile der Sektorkopplung nutzen**

160 Im Kontext von Elektroautos sehen wir auch Chancen in der sogenannten Sektorkopplung.
161 Beispielsweise können Elektroautos mit Solarzellen auf dem Dach gebaut werden, sodass
162 die Batterie mit selbst erzeugtem Solarstrom geladen, also der Mobilitäts- mit dem
163 Energiesektor gekoppelt wird.

164 **Hybrid-Fahrzeuge sind nicht Teil der Lösung**

165 Die bestehenden Förderungen von Hybrid-Fahrzeugen bewerten wir angesichts der darin
166 verbauten und überwiegend genutzten, auf fossilen Kraftstoffen basierenden
167 Verbrennungsmotoren als absolut kontraproduktiv. Aus einer Vielzahl von Gründen sind
168 diese kein sinnvoller Beitrag zur Mobilitätswende, sondern lediglich ein fossiler
169 Lock-In.

170 **Bedarfsorientierte Anreize für E-Mobilität**

171 Angesichts der heutigen Preise neuer Elektrofahrzeuge wird deutlich, dass der Zugang
172 zu solchen als eine Frage sozialer Gerechtigkeit betrachtet werden muss. Denn
173 Menschen, die auf motorisierten Individualverkehr angewiesen sind, müssen auch
174 bezahlbaren Zugang zu nachhaltigen Formen des motorisierten Individualverkehrs haben.
175 Dies gilt nicht nur für das E-Auto selbst, sondern auch für eine angemessene
176 Ladeinfrastruktur. Daher fordern wir bedarfsorientierte Anreize und Subventionen im
177 Bereich der Elektromobilität und staatlich gesicherte Ladeinfrastruktur. Wir sind
178 davon überzeugt, dass nicht jede*r ein eigenes Auto besitzen muss. Car-Sharing und
179 Mobilitätsstationen können einen wichtigen Beitrag leisten, Hürden zur
180 gemeinschaftlichen Nutzung von Elektromobilität abzubauen.

181 Stadt und Land unterschiedlich betrachten

182 **Ländliche Regionen bei der Mobilitätswende nicht abhängen!**

183 Wir erkennen an, dass unterschiedliche Mobilitätsbedürfnisse in städtisch und
184 ländlich geprägten Regionen vorherrschen. Deshalb müssen für Stadt und Land
185 unterschiedliche Mobilitätskonzepte entwickelt werden. Dabei muss besonders darauf
186 geachtet werden, dass strukturschwache Regionen nicht weiter abgehängt werden. Der
187 Ausbau des ÖPNV und der Fahrradinfrastruktur ist auch in ländlichen Regionen
188 unabdingbar. Viele Menschen dort sind auf ihr Auto angewiesen, das ÖPNV-Netz ist
189 nicht ausreichend ausgebaut. ÖPNV, der nur wenig ausgelastet ist, bringt keine
190 Einsparung von Emissionen gegenüber dem MIV. Deshalb müssen insbesondere in
191 ländlichen Regionen Mobilitätskonzepte anders gedacht werden. So müssen Angebote des
192 ÖPNV besser getaktet, bedarfsorientierter gestaltet und besser aufeinander abgestimmt
193 werden. Auch wenn auf dem Land der MIV nicht restlos zu ersetzen sein wird, sind wir
194 der Auffassung, dass er auch in ländlichen Gebieten reduziert werden muss. Die
195 Mobilität auf dem Land muss in Zukunft multimodal (aus verschiedenen Verkehrsmitteln
196 bestehend) sein, um Emissionen zu reduzieren.

197 **Park&Ride als Schnittstellenlösung zwischen Stadt & Land**

198 Der Ausbau von Park&Ride-Angeboten und deren kostenlose Nutzung für alle Bürger*innen
199 ermutigt zur Nutzung des ÖPNV für Teilstrecken. Gerade für Pendler*innen kann dies in

200 Verbindung mit einer niedrigpreisigen Tarifgestaltung im ÖPNV eine zugängliche
201 Mobilitätslösung für die Verbindung zwischen Stadt und Land bieten. Auch der
202 Tourismus und Tagesausflugsverkehr kann so von der Straße auf die Schiene verlagert
203 werden.

204 Lieferverkehr

205 **Effizientere Organisation der Lieferketten**

206 Beim Umbau unseres Mobilitätssystem muss besonders in der Stadt der Lieferverkehr
207 mitgedacht werden. Die Lieferung von Päckchen, Lebensmitteln oder Post wird momentan
208 von vielen unterschiedlichen Logistikdienstleister*innen mit großen Transportern
209 geliefert. Durch zentrale Logistikstellen in Quartieren können Lieferketten
210 effizienter gestaltet werden. Diese Logistikstellen können als Teil der
211 Daseinsvorsorge von Kommunen aufgebaut werden. Der Transport vom Logistikzentrum zu
212 den Empfänger*innen soll mit Lastenfahrrädern durchgeführt werden.

213 Wir fordern einen deutlichen Ausbau der Schieneninfrastruktur zum Warentransport, um
214 insbesondere auf langen Strecken eine emissionsarme Alternative zu interregionalen
215 und internationalen Transportwegen mit LKW zu schaffen.

216 **AKTUELLE EIGENTUMSVERHÄLTNISSSE STEHEN DER TRANSFORMATION DER AUTOMOBILINDUSTRIE**

217 **ENTGEGEN**

218 Die Ausbeutung von Mensch und Natur gehen in der kapitalistischen Produktionsweise
219 miteinander Hand in Hand, finden aber auf unterschiedliche Art und Weise statt.

220 Wenige Menschen haben die ökonomische Macht, über die Ressourcen und Produktionsweise

221 zu entscheiden, deren Verbrauch jedoch Auswirkungen auf uns alle hat. Solange fossile
222 Energieträger vorhanden sind, gibt es ein ökonomisches Interesse, diese zu verkaufen,
223 die Nachfrage danach aufrechtzuerhalten und damit auf Kosten nachfolgender
224 Generationen zu wirtschaften sowie die Entscheidungsgewalt darüber außerhalb
225 demokratischen Zugriffs zu halten.

226 Solange die Eigentumsverhältnisse so sind und solange Entscheidungen über
227 beispielsweise Energieträger von einigen wenigen getroffen werden, ist echter
228 Klimaschutz, der das 1,5 Grad Ziel erreicht, nicht realisierbar.

229 Entscheidungen werden so getroffen werden, dass sie kurzfristig den Gewinn erhöhen,
230 ohne die Folgen für die aktuelle und nachfolgende Generationen zu berücksichtigen.

231 Unser Ziel ist die Abkehr von der Gewinnmaximierung hin zu einer nachhaltigen,
232 ressourcenschonenden, demokratischen Gesellschaft. Denn solange Arbeiter*innen auf
233 ihre Arbeit angewiesen und gleichzeitig nicht im Besitz von Produktionsmitteln sind,
234 wird die Ausbeutung von Mensch und Natur weitergehen.

235 Deshalb müssen die Produktionsmittel vergesellschaftet werden. Dadurch werden
236 Kapital, Unternehmen und Gesellschaft umstrukturiert und gesellschaftliche Teilhabe
237 gestärkt. So werden entscheidende Fragen der Ressourcenverwendung zum Erhalt einer
238 lebenswerten Welt und guten Arbeits- und Lebensbedingungen gemeinschaftlich
239 getroffen.

240 Fragen, auf die wir Antworten finden müssen, sind: Wer entscheidet letztendlich, wenn
241 eben nicht top-down entschieden wird? Welche Institutionen sind sinnvoll? Wer darf z.
242 B. entscheiden, welche und wie viele Ressourcen verbraucht werden dürfen? Wie gehen
243 wir mit dem Interessenkonflikt um, dass Arbeiter*innen in erster Linie den Erhalt
244 ihres Arbeitsplatzes zum Ziel haben, während das Erreichen einer klimaneutralen
245 Produktion dem vermeintlich entgegensteht obwohl auch die Zukunft von
246 Industriearbeiter*innen vom Erhalt unserer Lebensgrundlage abhängt? Wie machen wir es
247 begreifbar, dass es einen fundamentalen Widerspruch zwischen Kapital und Klimaschutz
248 gibt?

249 **Die Demokratisierung aller Lebensbereiche**

250 Wir erkennen an, dass wir die Eigentumsfrage nicht kurzfristig lösen werden. Auch ein
251 Mehr an demokratischer Mitbestimmung löst die kapitalistischen Realitäten nicht auf.
252 Dennoch braucht es im ersten Schritt eine Weiterentwicklung der demokratischen
253 Strukturen in den Unternehmen und der Zivilgesellschaft.

254 Wir wollen ein Bewusstsein dafür schaffen, dass Entscheidungen nicht zwangsläufig zur
255 Mehrung von Kapital getroffen werden müssen. Vielmehr soll es um das Wohl der
256 Gesellschaft gehen. Egoismus und Konkurrenz unter den Beschäftigten sind keine
257 naturgegebene Zwangsläufigkeit, sondern eine konstruierte Erzählung, die Solidarität
258 ebenso verhindert wie Gemeinwohl und Klimaschutz.

259 Wir trauen den Menschen zu, demokratische Entscheidungen zu treffen und damit
260 gemeinsam Verantwortung zu übernehmen für eine gerechtere, sozialere und
261 ökologischere Gesellschaft. Langfristig macht die Demokratisierung die
262 Vergesellschaftung von Produktionsmitteln nicht überflüssig, sondern bereitet ihr den
263 Weg.

264 Den Privatbesitz von Produktionsmitteln wollen wir überwinden. Dies bedeutet, dass in
265 Unternehmen ab einer bestimmten Größe alle Mitarbeiter*innen am Eigentum beteiligt
266 sein müssen.

267 Die Grundlage für demokratische Mitbestimmung ist die Stärkung politischer Bildung,
268 die für alle zugänglich ist.

269 **Mitbestimmung im Betrieb**

270 Wo sich Arbeitsplätze stark verändern oder ersetzt werden, muss die Qualität des
271 Arbeitsplatzes erhalten bleiben. Das kann nur mit einer starken Mitbestimmung sowie
272 planbaren, staatlichen Vorgaben und betrieblichen Investitionen funktionieren. Das
273 bisherige Vorschlagsrecht der Betriebsräte zur Sicherung von Arbeitsplätzen muss zu
274 einem Mitbestimmungsrecht aufgewertet werden. Planung, Gestaltung und Änderung der
275 Arbeitsplätze, der Arbeitsumgebung und der Arbeitsorganisation einschließlich der
276 Arbeitsverfahren und der Arbeitsabläufe müssen mitbestimmungspflichtig sein.

277 Bei Betriebsänderungen muss der Interessenausgleich über die Einigungsstelle
278 durchsetzbar sein. Die Einigungsstelle hat dabei auch die überbetrieblichen
279 Auswirkungen zu berücksichtigen.

280 Um die Position der Beschäftigten weiter zu schützen, brauchen wir einen besonderen
281 Rechtsanspruch auf Umschulung, Fort- und Weiterbildung für von der Transformation

282 betroffene Branchen und staatliche Strukturhilfen. Darüber hinaus müssen Betriebsräte
283 insgesamt ein Mitbestimmungs- und Initiativrecht für die Berufsbildung erhalten.

284 Mitbestimmungsstrukturen schaffen die Voraussetzung dafür, den Wandel sozial gerecht
285 zu gestalten. Dennoch sehen wir bei diesen aktuell ein großes Verbesserungspotenzial
286 im Hinblick auf die rechtlichen Grundlagen.

287 Konkret fordern wir ebenfalls die Aufhebung der maximalen Gremiengröße der Jugend-
288 und Auszubildendenvertretung und des Betriebsrates, die deutliche Verbesserung der
289 Prävention und Bekämpfung von Union Busting (die systematische Unterdrückung und
290 Sabotage von Gewerkschaften) sowie die Schaffung unabhängiger Beratungs- und
291 Unterstützungsstellen. Gewerkschaften müssen ein digitales Zugangsrecht zu Betrieben
292 erhalten.

293 **Transformationsprozesse demokratisieren**

294 Die Entscheidung, wie staatliche Strukturhilfen und finanzielle Mittel zur Gestaltung
295 der Transformation eingesetzt werden, darf nicht den Unternehmer*innen und ihrem
296 Kapitalinteresse überlassen werden. Wir wollen regionale Transformationsräte
297 einrichten, in denen Delegierte des Betriebsrates und der JHV der Betroffenen
298 Industriebetriebe gemeinsam mit Delegierten der lokalen Klimaräte und Vertreter*innen
299 der Kommunalpolitik darüber beraten, wie die Mittel eingesetzt werden, um einerseits
300 industrielle Produktion zu erhalten und zu transformieren, sowie andererseits eine
301 Reduktion der CO2 Emissionen zu erreichen und Arbeitsplätze zu sichern.

302 Die Beschäftigten in der Industrie sehen sich nicht nur der Angst eines
303 Arbeitsplatzverlustes ausgesetzt. Gleichzeitig kämpft die Industrie mit einem
304 enormen, hausgemachten Fachkräftemangel. Ein Grund für diesen Fachkräftemangel ist
305 der Mangel an Ausbildungsplätzen. Während einzelne Unternehmen gar keine
306 Ausbildungsplätze anbieten, bilden andere Unternehmen über Bedarf aus oder ihre
307 ausgebildeten Fachkräfte werden abgeworben. Dieses Ungleichgewicht wollen wir mit
308 einer umlagefinanzierten Ausbildungsplatzgarantie, ähnlich bestehender Umlagen wie z.
309 B. für Unternehmensinsolvenzen, beseitigen.

310 **Ausschuss für Klimawirtschaft in den Industriebetrieben**

311 Wir wollen einen Ausschuss für Transformation und Klimawirtschaft in den
312 Industriebetrieben, der im Betriebsverfassungsgesetz als Pflichtausschuss verankert
313 ist und in jedem Betrieb mit Betriebsrat eingerichtet werden muss. Dieser setzt sich
314 aus Betriebsrät*innen (BR); Jugend- und Auszubildenden-Vertreter*innen (JAV),
315 Expert*innen aus einem lokalen Klimarat und Arbeitgeber*innen zusammen. Um die
316 Aufgaben zu bewältigen, soll der BR-Schlüssel im Verhältnis zur Belegschaft
317 ausgeweitet werden. Der Transformations- und Klimaausschuss ist ein Ausschuss mit
318 tatsächlichen Entscheidungskompetenzen. Unter diese Entscheidungen fallen einerseits
319 die Ausrichtung der Produkte nach Kriterien der Nachhaltigkeit, zur Einsparung von CO
320 2-Emissionen sowie die Reduktion des Ressourcenbedarfs und andererseits
321 Entscheidungen über Produktionsformen und Produktionsbedingungen.

322 **Produktion global denken**

323 In einer globalisierten Wirtschaft ist es notwendig, nicht nur die lokale Produktion

324 zu betrachten. Es gilt die gesamte Lieferkette zu betrachten. Ohne konkrete Ansätze
325 detailliert diskutiert zu haben, erscheint uns ein verbessertes Lieferkettengesetz,
326 das sowohl ökologische Aspekte als auch Mindeststandards für Arbeits- und
327 Produktionsbedingungen berücksichtigt, in diesem Zusammenhang sinnvoll.

328 Unsere Ansätze müssen stets nicht nur national, sondern über die EU hinaus global
329 umgesetzt werden.CO2-Ausstoß in Lieferkette und Produktion, der nicht auf null
330 reduziert werden kann, muss durch negative Emissionen ausgeglichen werden, um
331 Klimaneutralität sicherzustellen. Entsprechende Technologien, etwa Carbon Capture and
332 Storage, oder Ausgleichszertifikate dürfen nicht für Greenwashing missbraucht werden
333 und können Reduktionsmaßnahmen nicht ersetzen.

334 Es braucht generell eine Umverteilung von Nord nach Süd. Der immer weiter wachsende
335 Kapitalismus des globalen Norden bedeutet Verluste, Einschränkungen und Klimaschäden
336 für den globalen Süden. Arbeits- und Umweltstandards müssen nach einem konsequenzen
337 Lieferkettengesetz, das ohne Ausnahmen gelten muss, überprüft werden. Zudem müssen
338 die Länder des globalen Südens, die am meisten unter Umweltschäden und
339 Klimakatastrophen leiden, die viel mehr als sie der globale Norden verursacht hat,
340 unterstützt werden. Es braucht dafür internationale Zusammenarbeit. Zudem müssen
341 Klimamigrant*innen unterstützt und aufgenommen werden. Auch hier sind besonders
342 FLINTA-Personen betroffen. Sie benötigen besondere Unterstützung und besonderen
343 Schutz.

344 **UNSERE VISION DER INDUSTRIE DER ZUKUNFT**

345 Die Bekämpfung der Klimakrise erfordert umfangreiche Veränderungen in allen Bereichen
346 der Industrie. Die notwendigen Transformationsprozesse lösen bei vielen Menschen
347 Vorbehalte und Ängste aus.

348 Der Verlust des Arbeitsplatzes kann für die Beschäftigten in Industriebereichen als
349 eine konkretere Bedrohung als die Vernichtung unserer Lebensgrundlage durch das
350 Artensterben und die Folgen der Klimakrise wahrgenommen werden. Diese subjektive
351 Wahrnehmung der Bedrohung der Lebensgrundlage nehmen wir ernst.

352 Die Transformation der Produktion kann nur gelingen, wenn die Mitarbeitenden in die
353 Transformationsprozesse mit einbezogen werden. Die Mitarbeitenden selbst haben das
354 größte Interesse, dass ihre Arbeitskraft und Expertise langfristig gebraucht wird.
355 Deswegen sind wir davon überzeugt, dass die Mitarbeitenden selbst ein Interesse daran
356 haben, die industrielle Produktion so zu gestalten, dass sie nicht unsere
357 Lebensgrundlage zerstört und Ressourcen künftiger Generationen verwendet.

358 Die Industrie ist verpflichtet, Sorge dafür zu tragen, den Mitarbeitenden
359 zukunftsfähige Arbeit zu geben. Genauso darf die Industrie der Welt nur noch so viele
360 Ressourcen entnehmen, wie es nötig ist, um ein Gleichgewicht zwischen Verbrauch und
361 natürlicher Regeneration zu schaffen. Alles andere wäre eine nicht wieder gut zu
362 machende Ungerechtigkeit gegenüber nachfolgenden Generationen.

363 **Entwicklung**

364 Eine zentrale Eigenschaft, der bei der Entwicklung von neuen Produkten Rechnung
365 getragen werden muss, ist die Möglichkeit des Recycling.

366 Deshalb fordern wir weniger verschiedene Bauteile. Das ermöglicht eine einfachere
367 Produktion und Reparatur - der Recycling-Prozess wird also erleichtert.

368 Bei Produkten sollten in Zukunft immer auch Pläne mit ausgearbeitet werden, die
369 beschreiben, wie einem Produkt ein zweites Leben gegeben werden kann und wie es
370 wieder in seine Bestandteile zerlegt werden kann.

371 **Produktion**

372 Bei der Produktion entsteht der wesentliche Teil der Schadstofffreisetzung: Begonnen
373 beim Abbau der Materialien über den Transport und Verarbeitung bis hin zu Montage und
374 Vertrieb. Überall müssen die Belastungen der Umwelt daher erfasst, erheblich
375 reduziert und gegebenenfalls ausgeglichen werden.

376 Prozesse sollen so gestaltet werden, dass "Abfälle" wie z. B. Abwärme auch
377 unternehmensübergreifend noch anders genutzt werden können. Produkte sollen aus
378 recycelten Rohstoffen hergestellt werden und so wenig neue Rohstoffe wie möglich
379 beanspruchen.

380 Herstellungsanlagen und -prozesse müssen klimaneutral sein. Verpackungen sollen
381 wiederverwendet oder recycelt werden. Transportwege müssen kurz gehalten werden.

382 **Gebrauch**

383 Verbraucher*innen sollen in nachhaltigem Konsum unterstützt werden, indem Produkte in
384 Gebrauchs- und Verbrauchsgüter aufgeteilt werden, sodass Verbrauchsgüter einfach
385 nachproduziert und ausgetauscht werden können. Gebrauchsgüter müssen auf lange Zeit
386 produziert werden können, um den langfristigen Gebrauch des Produkts zu ermöglichen.
387 Komponenten des Produkts sollen bei Weiterentwicklung ausgetauscht werden können.

388 Der sogenannten „geplanten Obsoleszenz“ sagen wir den Kampf an. Geplante Obsoleszenz
389 bedeutet, dass Produkte frühzeitig, meist kurz nach Ablauf der Garantie und vom
390 Hersteller gewollt kaputt gehen und durch ein neu produziertes Produkt ersetzt werden
391 müssen.

392 **Reparatur**

393 Produkte müssen reparierbar sein. Sowohl Ersatzteile als auch Pläne zur Reparatur
394 müssen einer möglichst breiten Öffentlichkeit bereitgestellt werden. Genauso muss es
395 eine Möglichkeit geben, produktspezifische Reparaturwerkzeuge zu beschaffen oder
396 herzustellen, damit auch unabhängige kleine Betriebe Reparaturen durchführen können.
397 Durch unabhängige Angebote und einer verhinderten Monopolisierung von
398 Reparaturdienstleister*innen werden die Verbraucher*innen geschützt. Eine aktive
399 Sharing Economy soll auch bei Werkzeugen gelebt werden.

400 **Recycling**

401 Einsparung von Ressourcen und deren Wiederverwertung sind nicht nur kostengünstiger,
402 sondern auch in Hinblick auf den Einsatz von Arbeitskraft, Zeitaufwand und
403 Produktionsmittel einigermassen effizienter.

404 In ihre Bestandteile zerlegbare Produkte sind das Ziel. So können noch zu
405 gebrauchende und reparierbare Bestandteile wiederverwendet werden. Ist dies nicht
406 mehr möglich, müssen die Produkte recycelt werden.

407 Darüber wie die Produkte recycelt werden können, muss der*die Kund*in beim Kauf
408 ebenso informiert werden wie über die Recyclingraten der verbauten Materialien. Der
409 Staat muss die Reparatur als Dienstleistung fördern. Dadurch entstehen neue
410 Arbeitsbereiche, besonders für kleine Handwerksbetriebe, mit neuen Arbeitsplätzen.
411 Zusätzlich werden bestehende gestärkt.

412 **Digitalisierung in Unternehmen**

413 Unternehmen müssen ihre bestehenden, teilweise nicht zukunftsfähigen Geschäftsfelder
414 transformieren. Diese können durch konsequente Digitalisierung erschlossen werden.
415 Dazu darf Digitalisierung nicht länger lediglich als eine Form der Automatisierung
416 oder Möglichkeit neuer Verwaltung wahrgenommen werden. Stattdessen müssen die
417 Potenziale von digitalen Geschäftsmodellen und Plattformen erkannt werden. Schafft
418 man diese Digitalkompetenz im eigenen Unternehmen, ist man nicht auf Tech-Konzerne
419 angewiesen, die immer weiter in das Geschäftsfeld der Automobilindustrie vorrücken.
420 Viele Firmen nutzen zur Zeit Nachhaltigkeitskonzepte zum Entwickeln von Prototypen
421 für Ausstellungen und Veranstaltungen. Dabei wird versucht, Greenwashing zu
422 betreiben, da diese Prototypen in den wenigsten Fällen wirklich umgesetzt werden und
423 in die Produktion gehen.

424 Dies zeigt, dass die Konzepte bereits in der Automobilindustrie angekommen sind,
425 jedoch mehr in die Tat umgesetzt werden müssen.

426 **CO2-Bepreisung und Umverteilung**

427 Die Folgen der Erderwärmung erzeugen schon heute hohe Kosten. Ein Beispiel sind die
428 häufigeren Waldbrände und Überschwemmungen. Diese Kosten werden in absehbarer Zeit
429 steigen. Ebenso wird auch die nötige Transformation viel Geld kosten und Anreize
430 benötigen.

431 Die Gefahr besteht, dass diese Kosten nicht gerecht verteilt werden. Um dem
432 entgegenzuwirken, ist das Ziel, klimaschädigende Konzerne nach dem Verursacher*innen-
433 Prinzip auf eine sozial gerechte Weise in die Verantwortung zu nehmen.

434 Wo Ordnungspolitik, etwa Produktstandards, an ihre Grenzen kommt, kann die CO2-
435 Bepreisung in ausreichender Höhe zusätzliche Anreize für klimaschonendes Wirtschaften
436 setzen. Unterschiedliche Modelle der CO2-Bepreisung berücksichtigen soziale Aspekte
437 unterschiedlich stark. Konzepte wie das Klimageld, also eine pauschale Rückverteilung
438 pro Kopf mit progressiver Wirkung (Menschen aus der unteren Einkommenshälfte haben
439 durchschnittlich einen wesentlich geringeren CO2-Ausstoß und erhalten mehr Geld, als
440 sie abgeben), können darauf eine Antwort liefern.

441 Im Kontext der Industrie geht es vor allem darum, dass die Industrieunternehmen die
442 CO2-Preise bezahlen, um einen Anreiz zur Umstellung der Produktion zu haben. Das ist
443 entscheidender als eine Konsumveränderung durch die privaten Haushalte.

444 Gleichzeitig muss Vermögen auch unabhängig von Klimapolitik im großen Stil umverteilt
445 werden. Klimapolitik darf nicht unsozial sein, soziale Fragen dürfen aber auch nicht
446 als Vorwand gegen Klimaschutz verwendet werden.

447 **Kräfte bündeln für eine bessere Zukunft!**

448 Als Mitglieder mit verschiedenen Organisationshintergründen haben wir gesehen, wie
449 wichtig der Austausch untereinander ist. Wie wichtig es ist, demokratisch miteinander
450 zu diskutieren, sich mit unterschiedlichen Standpunkten auseinanderzusetzen und auch
451 die eigene Perspektive immer wieder kritisch zu hinterfragen.

452 Aus dem gemeinsamen Projekt wollen wir auch in Zukunft eine Zusammenarbeit ableiten.
453 Uns eint das Ziel und wir können voneinander über die Wege, wie wir dieses Ziel
454 erreichen können, vieles lernen.

455 Unser Anspruch ist es, die Positionen auf die wir uns gemeinsam verständigt haben
456 nach außen zu tragen und die Menschen in unserer (Stadt-)Gesellschaft zu überzeugen,
457 diesen Weg gemeinsam mit uns zu gehen. Wir werden uns politisch im Rahmen unserer
458 unterschiedlichen Möglichkeiten dafür einsetzen, dass unsere gemeinsamen Visionen
459 Realität werden.

Antrag W01: Wachstum, Wachstum tralala, Wirtschaft ist nicht zum Wachsen da!

Antragsteller/in:	Jusos München-Stadt
Status:	angenommen
Sachgebiet:	W - Wirtschaft

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Adressat*innen:** Unterbezirkskonferenz Jusos München, Bezirkskonferenz Jusos
- 2 Oberbayern, Landeskonferenz Jusos Bayern, Parteitag SPD München, SPD Oberbayern und
- 3 SPD Bayern

4

- 5 Viele wirtschaftspolitische Debatten in der Bundesrepublik – und auch in der SPD und
- 6 bei den Jusos – drehen sich um die Frage nach Wachstum. Gerade im Zusammenhang mit
- 7 der sozial-ökologischen Transformation ist außerdem eine neue Position prominent
- 8 geworden, die unter dem Begriff “Degrowth” eine Schrumpfung der Wirtschaft fordert,
- 9 um planetare Grenzen einzuhalten und das Wirtschaften umweltverträglich zu machen.

10

- 11 Mit diesem Antrag wollen wir die Grundlage für eine klare Haltung zum Thema Wachstum
- 12 schaffen und damit die Debatte konstruktiv weiterbringen. Diese Position bezieht sich
- 13 auf die aktuell stattfindende Debatte um die sozial-ökologische Transformation, die
- 14 sich vor allem im Rahmen des kapitalistischen Wirtschaftssystems abspielt.

15

16 **Über welches Wachstum reden wir?**

- 17 Wenn heute über Wachstum gesprochen wird – egal ob Pro- oder De-Growth – dann geht es
- 18 meistens um das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Größe. Veränderungen im
- 19 inflationsbereinigten Bruttoinlandsprodukt werden bei positiver Entwicklung als
- 20 Wachstum bezeichnet. Dabei ist das Bruttoinlandsprodukt aus vielerlei Hinsicht die
- 21 falsche Metrik: Wenn beispielsweise ein Hauseigentümer sein Haus an eine andere
- 22 Person verkauft, die das Haus wiederum an den ursprünglichen Eigentümer vermietet,
- 23 ist zwar das Bruttoinlandsprodukt gestiegen, es hat sich aber qualitativ nichts
- 24 verändert.

25

- 26 Das BIP gibt außerdem keine Aussage darüber, in welchen Branchen Wachstum
- 27 stattgefunden hat. Gerade die große Menge überwiegend von FINTA*-Personen (Frauen,
- 28 Inter, nicht-binäre und Trans Personen)

- 29 geleistete unbezahlte Reproduktionsarbeit würde beispielsweise ein enormes
- 30 Wirtschaftswachstum generieren, wenn sie politisch gewollt professionalisiert werden
- 31 würde. Die Auswirkungen auf die Erderwärmung wären dabei enorm überschaubar.

32

33 **Wirtschaftswachstum - we don't care**

34 Unsere Forderung ist es, eine agnostische Haltung gegenüber wirtschaftlichem Wachstum
35 im Sinne einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts einzunehmen. Wachstum per se ist
36 kein sozialistisches oder sozialdemokratisches Ziel, da alleine mehr erfasste Güter
37 und Dienstleistungen nicht automatisch zu mehr Wohlstand führen. Insbesondere in den
38 letzten Jahrzehnten ist die Vermögensungleichheit bei wachsender Wirtschaft stetig
39 größer geworden. Statt auf Wachstum, soll Wohlstand für alle in den Fokus rücken.
40 Aktiv für oder gegen Wachstum zu arbeiten, ist jeweils für sich auf unterschiedliche
41 Weise problematisch.

42

43 In den letzten 200 Jahren haben wir durch Steigerung von Produktion und
44 Ressourceneinsatz ein hohes Wohlstandsniveau in den Volkswirtschaften des globalen
45 Nordens geschaffen. Dies ging jedoch mit einer enormen Ausbeutung von Mensch und
46 Natur, insbesondere im globalen Süden einher. Eine Fortführung dieser Entwicklung –
47 umso mehr in der zunehmenden Geschwindigkeit – ist nicht innerhalb der planetaren
48 Grenzen darstellbar.

49

50 Wirtschaftspolitik muss sich daher zukünftig an anderen Zielen und nicht mehr an
51 einer Steigerung des BIP ausrichten: Viel entscheidender als zu messen und
52 vorzugeben, wie hoch der Gesamtwert aller Tauschgeschäfte in einer Volkswirtschaft
53 war oder sein soll, ist es, qualitative Aspekte wie die Zusammensetzung der
54 Wirtschaftsleistung und andere quantitative Aspekte wie den Grad der Dekarbonisierung
55 oder die ökonomische Gerechtigkeit in den Blick zu nehmen und als Ziele zu verfolgen.
56 Dabei spielt vor allem auch der individuell wahrnehmbare Wohlstand und seine Mehrung
57 eine Rolle. Hierfür muss auf bestehende Messgrößen zurückgegriffen werden und es
58 müssen zudem neue Messgrößen entwickelt werden.

59

60 Wir nehmen in der wirtschaftspolitischen Debatte aktuell vor allem zwei Positionen
61 wahr. Auf der einen Seite das Dogma des ständigen Wachstums und demgegenüber die
62 Forderung nach einem Ende des Wachstums und sogar eine Rückentwicklung der
63 Wirtschaft. Beide Positionen lehnen wir klar ab.

64

65 **Vom aktuellen Wachstum profitiert nur das Kapital**

66 Das Dogma des ständigen Wachstums argumentiert, dass sich durch ständiges
67 Wirtschaftswachstum der Wohlstand einer Volkswirtschaft vergrößern würde. Während es
68 zutreffend ist, dass es eine Bedingung für den Kapitalismus ist, sich auszudehnen und
69 zu expandieren, um die Interessen des Kapitals zu befriedigen, ist empirisch nicht
70 von der Hand zu weisen, dass sich in den vergangenen Jahren trotz kontinuierlichem
71 Wirtschaftswachstum die Einkommens- und Vermögensverteilung nicht verbessert sondern
72 verschlechtert hat. Kurz: Von Wachstum profitieren aktuell also nicht in erster Linie
73 diejenigen, die das Wachstum erwirtschaften, sondern vor allem diejenigen, die über

74 die Produktionsmittel verfügen und sich die Arbeitskraft anderer aneignen.

75

76 Auch das Argument, dass sich nur durch eine wachsende Volkswirtschaft – gemessen am
77 Bruttoinlandsprodukt – das System sozialer Sicherung finanzieren ließen, ist nicht zu
78 halten. Die Frage des Sozialstaats ist keine Frage des Geldes, sondern eine Frage von
79 real verfügbaren Ressourcen. Würde das Bruttoinlandsprodukt nicht mehr steigen, so
80 müsste man allerdings den Anteil der Ressourcen quantitativ erhöhen, der Menschen in
81 sozialen Berufen und Arbeitslosen zufließt oder aber die Qualität der Ressourcen
82 steigern, damit Menschen in sozialen Berufen und Arbeitslose keine Wohlstandsverluste
83 erleiden, wenn dieser absolut erhöht werden soll.

84

85 Weiterhin wird argumentiert, dass in einer wachsenden und expandierenden Wirtschaft
86 quasi automatisch neue Arbeitsplätze entstehen würden und für das Ziel der
87 Vollbeschäftigung daher kontinuierliches Wachstum nötig sei. Doch auch dieses
88 Argument lässt sich widerlegen: Weil die Produktivität einzelner Arbeitskräfte pro
89 Zeiteinheit z.B. durch technologischen Fortschritt aber auch durch Qualifizierung
90 stetig steigt, ist ein Anstieg der Produktivität und damit Wirtschaftswachstum
91 möglich, ohne dass dies zu mehr Beschäftigung führt.

92

93 **De-Growth schadet denen, die arbeiten!**

94 Die gegenteilige Perspektive ist diejenige, die zuletzt besonders durch Ulrike
95 Herrmanns Buch “Vom Ende des Kapitalismus” stark gemacht wurde. Aufgrund der harten
96 planetaren Grenzen sei es nicht mehr möglich, im heutigen Umfang zu produzieren.
97 Daraus resultiere die Notwendigkeit einer Deindustrialisierung und einer Schrumpfung
98 der Wirtschaft, da wir über unsere Verhältnisse produzierten.

99

100 Während es richtig und wichtig ist, planetare Grenzen als Fragestellung in die
101 wirtschaftliche Debatte einzubeziehen, wäre diese Antwort mit einem massiven Verlust
102 an materiellem Wohlstand und sinnstiftender Erwerbsarbeit verbunden, zwei zentralen
103 Säulen unserer Vorstellung einer sozialistischen Gesellschaft. Wir dürfen daher
104 nichts unversucht lassen, um eine Deindustrialisierung trotz Einhaltung der
105 planetaren Kapazitäten – sowohl in Bezug auf Emissionen als auch in Bezug auf
106 Ressourcenverbrauch – zu verhindern. Kurzfristig politisch herbeigeführte
107 Deindustrialisierung würde vor allem dazu führen, dass Arbeitnehmer*innen ihre
108 Arbeitsplätze verlieren und damit nicht nur in existenzielle Not geraten, sondern
109 auch die Teilhabe an der Gesellschaft verlieren. Ganze Regionen und Gebiete wären
110 bedroht, das soziale Spaltungspotential ist enorm.

111

112 **Wohlstandsniveau halten ohne weiteres Wachstum innerhalb der planetaren Grenzen: Wie 113 soll das gehen?**

114

115 Das Ziel unserer wachstumsagnostischen Haltung ist der größtmögliche Wohlstand bei
116 bestmöglicher Verteilung unter Einhaltung der planetaren Grenzen. Dafür braucht es
117 aus unserer Sicht drei konkrete Dinge:

118

119 1) Demokratische Entscheidung darüber, wofür Ressourcen und Emissionskapazitäten
120 verwendet werden: Schaut man sich an, welche Einkommensgruppen für welchen Anteil von
121 Emissionen verantwortlich sind, dann stellen wir schnell fest, dass es eine enorme
122 Ungerechtigkeit in der Verursachung der Klimakrise gibt. Wir wollen daher den
123 Ressourcenverbrauch und die Zuteilung von Emissionen demokratisch und nicht
124 marktwirtschaftlich entscheiden: In vielen Bereichen – Luxuskreuzfahrten, Privatjets
125 und ähnliches – lassen sich ohne Wohlstandsgefährdung der Vielen massive Einsparungen
126 vornehmen.

127

128 2) Aktive Transformation und Dekarbonisierung: Statt De-Growth braucht es aktive
129 Transformation. Durch aktives staatliches Handeln, hohe Investitionen und klare
130 Regularien ist es möglich, die Wirtschaft und auch die industrielle Produktion zu
131 dekarbonisieren. Die Potentiale für erneuerbare Energien sind nicht ansatzweise
132 ausgeschöpft, die technologischen Entwicklungen für emissionsärmere und
133 emissionsfreie Produktionstechniken stehen noch am Anfang. Ansätze aus der
134 Kreislaufwirtschaft und die Forderung nach einer Veränderung von Produktionsverfahren
135 hin zu einer Wiederverwendbarkeit von endlichen Rohstoffen ist nicht nur ökologisch
136 sondern auch demokratisch geboten, wenn wir uns nicht von rohstoffreichen,
137 autokratischen Staaten erpressbar machen wollen.

138

139

140 3) Wir wollen die Kreislaufwirtschaft: Insbesondere für die Frage der Ressourcen –
141 Rohstoffe etc. – ist die Kreislaufwirtschaft viel diskutiertes und auch von uns
142 unterstütztes Ziel. Wir wollen diesen Weg einschlagen und die Industrie durch
143 ordnungsrechtliche Vorgaben zur Kreislaufwirtschaft verpflichten. Aber die
144 Kreislaufwirtschaft allein wird dabei nicht der heilige Gral sein: Selbst bei enormen
145 technischen Fortschritt wird es notwendig sein, dem Wirtschaftskreislauf immer auch
146 neue Primärrohstoffe zuzuführen, deswegen muss die Regenerationsrate von
147 Primärrohstoffen in die demokratisierte Planung von Produktion integriert werden.
148 Deswegen ist es notwendig, dass dieser Aspekt gemeinsam mit den beiden vorgenannten
149 umgesetzt wird.

150

151 Die Verfolgung dieser Ziele kann sowohl zu einem positiven als auch zu einem
152 negativen Wirtschaftswachstum führen. Dies nehmen wir desinteressiert zur Kenntnis,
153 weil wir uns auf unsere anderen qualitativen Ziele konzentrieren und diese ins
154 Zentrum unserer Politik stellen.

155

156

157 **Produktivkraftsteigerung ja – aber nicht wegen Wachstum sondern als Mittel zur**
158 **Arbeitszeitverkürzung**

159

160 Ein weiterer Aspekt, der im Zusammenhang mit Wirtschaftswachstum – gerade aus der
161 marxistischen Theorie heraus – diskutiert wird ist die Frage nach der Produktivkraft
162 der Arbeitnehmer*innen und deren Steigerung. Dazu halten wir folgendes fest:

163

164 Es gibt viele gesellschaftliche Herausforderungen und Aufgaben, die wir auch
165 zukünftig nur mit menschlicher Arbeitskapazität lösen können, dies gilt
166 beispielsweise in der Pflege und der Bildung. Die Steigerung der Produktivkraft der
167 Arbeitnehmer*innen z.B. in der Industrie oder dem Dienstleistungssektor kann hierfür
168 Kapazitäten freisetzen. Auch Ingenieurleistungen, die für die Transformation
169 elementar notwendig sind, lassen sich nur mit menschlicher Arbeit erledigen. Wir
170 wollen die Produktivkraftsteigerung nutzen, um gesamtgesellschaftlich in der Lage zu
171 sein, diese Probleme mit mehr Aufmerksamkeit und Kapazität zu adressieren.

172

173 Produktivkraftsteigerung ist also für uns grundsätzlich positiv. Aber nicht, weil sie
174 zu einer Steigerung des Wirtschaftswachstums führt, sondern weil der Anstieg der
175 Produktivität ein starkes Pfund in den Händen der Arbeitnehmer*innen gegenüber
176 denjenigen ist, die ihre Arbeitskraft ausnutzen. Die Forderung lautet: weniger
177 Arbeitszeit bei gleichem Lohn. Von der Steigerung der Produktivkraft – die
178 gleichzeitig mit Verdichtung und damit auch mit Belastung der Beschäftigten
179 einhergeht – sollten vor allem die Arbeitnehmer*innen profitieren, dann ist sie für
180 uns auch ein erstrebenswertes Ziel.

181

182

183 **(Nicht-)Wachstum international denken**

184 Der globale Norden hat in den letzten Jahrhunderten im Vergleich zum globalen Süden
185 einen enormen Wohlstandszugewinn erlebt. Die globale Ungerechtigkeit ist dabei aber
186 weiter enorm. Die oben bereits genannte Demokratisierung von Ressourceneinsatz und
187 Emissionsausstößen muss nicht nur national oder international innerhalb der EU
188 sondern global erkämpft werden. Die Geschichte ist voll von Ausbeutung des globalen
189 Südens. Daher ist es nur folgerichtig, dass Wohlstandssteigerungen in den kommenden
190 Jahren mit Priorität im globalen Süden angestrebt werden.

191

192 Der Anspruch der Menschen im globalen Süden auf eine Erhöhung ihres Wohlstands stellt
193 für uns eine genauso harte Grenze für unseren eigenen Ressourcenverbrauch im globalen
194 Norden dar, wie die planetaren Grenzen. Eine materielle Wohlstandsmehrung im globalen
195 Norden darf nur dann politisch gewollt und umgesetzt werden, wenn gleichzeitig die
196 planetaren Grenzen eingehalten werden und der materielle Wohlstand im globalen Süden
197 wachsen kann.

198

199 Doch sobald ein hohes materielles Wohlstandsniveau auch dort erreicht wurde, ist es
200 folgerichtig wie für den globalen Norden auch für den globalen Süden unsere
201 Sichtweise, dass andere Faktoren und Argumente in der Debatte mehr Gewicht bekommen
202 müssen und besser dazu geeignet sind, den Zustand von Volkswirtschaften zu
203 beschreiben. Wirtschaftswachstum sollte unserer Meinung nach generell nur angestrebt
204 werden, solange diese Zielsetzung auch zu realen, qualitativen Verbesserungen führt.
205 Wir erkennen an, dass diese Analyse zwar unserer sozialistischen und
206 internationalistischen Analyse entstammt, wir sie aber dennoch aus der
207 Sprecher*innenposition von Menschen aus einem ehemals kolonialisierenden Staat heraus
208 treffen. Deshalb und ganz generell maßen wir uns nicht an, für die Länder des
209 globalen Südens zu sprechen. Aufgabe unseres politischen Handelns ist es, ausreichend
210 große materiell-physikalische Spielräume offen zu halten, innerhalb derer die
211 Menschen im globalen Süden ihre eigenen politischen Entscheidungen treffen können.

Antrag W04: Die Mindestlohnkommission – ist das eine Kommission oder kann die weg?

Antragsteller/in:	Bezirksvorstand Jusos Oberbayern
Status:	angenommen
Sachgebiet:	W - Wirtschaft

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Antragsteller*innen:** Bezirksvorstand Jusos Oberbayern
2 Adressat*innen: Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern, Landeskonferenz Jusos Bayern,
3 Bundekongress Jusos, SPD Oberbayern Bezirksparteitag, SPD Bayern Landesparteitag, SPD
4 Bundesparteitag

5

6 **Antrag:**

- 7 Die Mindestlohnkommission muss dringend reformiert werden. Die kürzlich getroffene
8 Entscheidung, den Mindestlohn nur um 41 Cent zu erhöhen ist ein Schlag ins Gesicht
9 der Arbeitnehmer*innen und zeigt den dringenden Reformbedarf dieser Kommission.

10

11 Konkret fordern wir:

- 12 • Die Festlegung des Mindestlohns muss sich auf den zuvor geltenden Betrag
13 beziehen. Auch politisch beschlossene Erhöhungen müssen dabei selbstverständlich
14 berücksichtigt werden.
- 15 • Eine Entscheidung gegen die geschlossene Abstimmung der Arbeitnehmer*innen-Seite
16 darf zukünftig nicht möglich sein.
- 17 • Die Bundesregierung muss die Möglichkeit bekommen, die Höhe des Vorschlags der
18 Mindestlohnkommission nach oben korrigieren können, wenn es die politische
19 Situation erfordert oder muss Vorschläge zur Korrektur an die
20 Mindestlohnkommission zurückweisen können
- 21 • Die Bundesregierung soll schnellstmöglich, spätestens zum 01.01. die EU-
22 Mindestlohnrichtlinie umsetzen. Diese beinhaltet einen Mindestlohn bei 60% des
23 Medianeinkommens. Für Deutschland liegt der Betrag damit aktuell bei 14€.

Begründung

Begründung:

Mit der Einführung des Mindestlohngesetzes hat die Bundesregierung auch eine sogenannte Mindestlohnkommission eingesetzt. Diese soll alle zwei Jahre einen Vorschlag zur Anpassung des

Mindestlohn machen, den die Bundesregierung und dann der Bundestag übernehmen können. Eine Änderung des Vorschlags ist aber derzeit nicht möglich.

Die Kommission besteht aus 7 Personen. Davon sind jeweils drei Vertreter*innen der Arbeitnehmer*innen und der Arbeitgeber*innen vertreten, gemeinsam benennen die eine*n Vorsitzende*n.

Die Grundlage für den Vorschlag der Kommission soll die durchschnittliche Änderung der Tarifabschlüsse aus dem letzten Jahr darstellen werden.

Vor kurzem hat die Mindestlohnkommission nun die Kommission die Erhöhung zum ersten Januar 2024 auf 12,41€ und zum ersten Januar 2025 auf 12,82€ vorgeschlagen. Diese Erhöhung ist absolut unzureichend, denn sie geht nicht von den aktuellen 12€ aus, sondern geht vom vorherigen Mindestlohn in Höhe von 10,40€ aus. Das ist absolut inakzeptabel. Dabei wurde die Entscheidung gegen die Arbeitnehmer*innenvertreter*innen mit 4 zu 3 Stimmen durchgedrückt.

Der Mindestlohn an sich ist ein enorm wichtiges Instrument, da gerade niedrige Einkommensgruppen besonders stark von Inflation und Teuerung betroffen sind. Allein im Monat Mai sind beispielsweise die Kosten für Lebensmittel um mehr als 14% höher gewesen als im Vorjahresmonat. Der Konsum von Menschen mit geringem Einkommen ist ohnehin sehr stark reduziert, ein weiteres Sparen oder Verzicht sind unrealistisch und als Vorschlag vehement abzulehnen.

Durch die vermeintliche Entpolitisierung – sprich die bloße Orientierung an den Tarifabschlüssen und die Nicht-Berücksichtigung der politischen Anpassung – wird der Sinn des Mindestlohns absolut entkernt und das Instrument ad absurdum geführt. Wenn die Mindestlohnsteigerungen die Kostensteigerungen für elementare Güter nicht mit abdeckt ist es kein sinnvoller Mindestlohn.

In den Zeiten ohnehin großer finanzieller Belastungen der Arbeitnehmer*innen, während Vorstände und Shareholder weiterhin riesige Gewinne einfahren und in Zeiten, in denen die Rattenfänger der AfD mit diesen Belastungen versuchen, ihren Rechtsextremismus wieder salonfähig zu machen kann dies nicht die Politik einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung sein.